

Grundstein legen. Das wird durch das Schulgesetz endlich vorbereitet. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zur Aktuellen Stunde nicht vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Passend zum letzten Thema kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1572

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung der zuständigen Ministerin Frau Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gesagt: Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Zukunft, ein Land der Chancen. Auf diesem Weg gehen wir heute einen großen Schritt vorwärts.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine Schule ohne Neuerungen, so heißt es, kann nicht überleben. Mit dem Entwurf für ein zweites Schulrechtsänderungsgesetz schaffen wir nicht nur die notwendigen Neuerungen, damit unser Schulsystem überlebt. Vielmehr wird es zukunftsfähig, indem künftig jeder Schüler und jede Schülerin eine Chance erhält.

Mit dem Schulgesetz legt die Landesregierung das Fundament für ein neues, modernes, leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem – ein neues Schulgesetz für unser Land zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen. Jeder Schüler und jede Schülerin wird Chancen und Talente nutzen und entfalten können und zwar unabhängig von der sozialen Herkunft. Wir werden alle Kräfte mobilisieren, um das auch den Zweiflern in unserem Land in den nächsten Jahren zu beweisen. Der Schlüssel zum Bildungserfolg heißt dabei: individuelle Förderung.

Wir werden kein Kind mehr zurücklassen – weder leistungsschwächere noch besonders begabte Kinder. Wir werden jedes Kind mitnehmen, insbe-

sondere auch solche, die unter einfachen Bedingungen aufwachsen. Wir wollen, dass kein Kind verloren geht.

Allgemeinbildung rückt dabei als Grundlage lebenslangen Lernens wieder in den Mittelpunkt. Am Ende sollen alle Schulabgänger eine Zukunft haben, und eine Zukunft haben sie dann, wenn sie eine Berufsausbildung und ein Studium haben absolvieren können. Dafür soll eine gute, solide Schulausbildung die Grundlage bilden.

Unser Schulgesetz fußt auf drei klaren Prinzipien: mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Eigenverantwortung der Schule, mehr Leistung. Das ist die neue Richtung der Bildungspolitik des Landes.

In diesem Rahmen sollen die Schulen frei ihr eigenes pädagogisches Profil entwickeln und ihren Unterricht sowie ihr Schulleben weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich gestalten. Wir wollen den Wettbewerb untereinander, aber wir wollen keinen Verdrängungswettbewerb. Schulen in einer sozial schwierigen Umgebung können auf unsere Unterstützung setzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Da wir ein leistungsgerechtes Schulsystem wollen, werden wir das gegliederte Schulsystem durchlässig machen. Diese Durchlässigkeit des Systems ermöglicht Aufstieg. Jedes Kind, jeder Jugendliche hat den Anspruch, nach Maßgabe des Gesetzes gefördert zu werden. Förderung ist dabei für uns kein Lippenbekenntnis. Wir schaffen dazu mit dem Haushalt 2006 und auch in den nächsten Jahren die notwendigen personellen Rahmenbedingungen. Wir werden neue Lehrstellen zur Verfügung stellen für den Aufbau von Vertretungsreserven, für individuelle Förderung und für den Ausbau des Ganztags an Grund-, Haupt- und Förderschulen.

Eine konsequente Umsetzung der individuellen Förderung beginnt für uns schon vor der Schule. Wir schaffen mit dem neuen Schulgesetz die Voraussetzungen dafür, dass Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung auf ihre Sprachfähigkeit hin getestet werden. Förderung und Ausgleich von Schwächen müssen so früh wie möglich erfolgen. Deshalb kommt es besonders auf den Schulanfang an. Wir wollen, dass die Schulen den Unterricht künftig so gestalten und die Schüler so fördern, dass die Versetzung der Regelfall ist.

Wir haben heute schon vieles zur Hauptschule gesagt, meine Damen und Herren. Bitte lassen Sie mich das an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Ich kann mich nach den 14 Jahren meiner schulaufsichtlichen Tätigkeit nicht daran erin-

nem, jemals einen Versetzungsantrag einer Hauptschulkollegin, eines Hauptschulkollegen in der Hand gehabt zu haben, weil sie oder er in eine andere Schulform wechseln wollte. Was meine ich damit? – In unseren Hauptschulen arbeiten engagierte Pädagogen, die sich oft bis zur Erschöpfung um ihre Schüler kümmern.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Lehrer müssen wir – so zeigt uns der Fall der Berliner Rütli-Schule – besonders unterstützen. Dieser Fall zeigt uns aber auch, wie wichtig und wie richtig unser Weg zum Aufbau der neuen Hauptschule NRW ist.

Ein weiterer Bereich, den wir grundlegend reformieren, sind die Gymnasien unseres Landes. Wir organisieren die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs, also das Abitur nach zwölf Jahren. So wird die Stundentafel, die bislang für die Klassen 5 bis 9 188 Stunden vorsieht, um fünf Stunden erhöht. Auch dafür schaffen wir zusätzliche Stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Jedes Gymnasium und jede Gesamtschule kann mit unserem Modell „9 + 3“ Realschüler und Hauptschüler in die Oberstufe aufnehmen. Durch ein Mehr an Förderung wird es uns gelingen, auch mehr Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Realschulen zum Übergang ins Gymnasium zu befähigen.

Wir haben ein neues Übergangsverfahren. Die Kritik, wir würden den Elternwillen bei der Grundschulempfehlung zu wenig berücksichtigen, ist nicht zutreffend. Denn der Elternwille wird künftig nur in sehr wenigen Ausnahmefällen zurückstehen. Es gibt doch den großen Konsens – das sind sicherlich weit über 90 % – zwischen Schulen und Eltern. Dann sind für Schülerinnen und Schüler die Empfehlung der Schule und die Wahl der Eltern völlig identisch.

Aber, meine Damen und Herren, der Elternwille zählt auch dann, wenn es um das Gutachten geht und wenn dieses Gutachten nicht eindeutig eine Schulform festlegt, sondern eine Schulform empfiehlt und eine andere mit Einschränkung. Der Elternwille zählt auch dann, wenn Lehrer im Prognoseunterricht nicht einer Meinung sind. Ich glaube, hier ist dem Elternwillen wirklich weitgehend Rechnung getragen.

(Beifall von der CDU)

Noch ein anderes Beispiel in diesem Zusammenhang: Trauen Eltern ihrem Kind weniger zu als

dessen Grundschullehrer, kann das Kind auch am Prognoseunterricht teilnehmen.

Mit dem Schulgesetz wollen wir über den Modellversuch „Selbstständige Schule“ hinaus die Eigenverantwortung für alle Schulen. Die Standards der Abschlüsse müssen dabei selbstverständlich gewährleistet werden. So wird es ab dem kommenden Schuljahr möglich sein, neue Modelle bei der Stellenbewirtschaftung, der Personalverwaltung, der Sachmittelbewirtschaftung und der Unterrichtsorganisation zu erproben. Schulen können auf diese Weise ihren Gestaltungsspielraum deutlich erweitern. Durch die Qualitätsanalyse, die im Gesetz verankert wird, beraten wir diese Schulen in ihrer Entwicklung.

Mehr Förderung, meine Damen und Herren, mehr Durchlässigkeit für die Schüler, mehr Freiheit und Qualität für die Schulen – mit dem neuen Schulgesetz sind wir auf einem guten, auf einem sicheren Weg.

Ich wiederhole: Unser Bildungssystem wird künftig dazu beitragen, Nordrhein-Westfalens Größe nicht nur über seine Fläche oder seine Bevölkerung zu definieren. Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Chancen. Nordrhein-Westfalen ist Zukunft.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, Sie haben die Einbringung des Gesetzentwurfs gehört. Ich eröffne die Debatte. Als erster Redner hat der Abgeordnete Kaiser, CDU-Fraktion, das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Schulministerin Sommer für die Vorstellung des neuen Schulgesetzes bedanken. Ich kann feststellen: Dieser Wurf ist gelungen; herzlichen Dank dafür, Frau Sommer!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Lachen und Widerspruch von der SPD)

Mit der Einbringung des neuen Schulgesetzes ziehen wir den Schlußstrich unter 39 Jahre sozialdemokratischer Schulpolitik.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Die Bilanz ist schlichtweg katastrophal. Man kann sie kann schlicht an zwei Fakten messen:

Erstens ist das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen sozial ungerecht. Nach 39 Jahren gilt: Chan-

cengleichheit als Ideologie bedeutet in der Praxis eben noch lange keine Chancengerechtigkeit.

Zweitens gilt: Nach 39 Jahren liegen wir im Ländervergleich auf einem Abstiegsplatz. Bessere Leistungen erreicht man eben nicht durch Leistungsnivellierungen.

Gestatten Sie mir kurz eine Bemerkung zu Ihrem Landesparteitag, meine Damen und Herren von der SPD.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Waren Sie dabei?)

Zunächst einmal gratuliere ich natürlich Ihnen, Frau Schäfer, sehr herzlich zur Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden. – Ich habe gelesen, dass die SPD im Herbst einen Neuanfang in der Bildungspolitik starten möchte. Ich glaube auch, dass dies bitter nötig sein wird.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Natürlich möchte ich Ihnen keinen Ratschlag geben; das hat offensichtlich – das habe ich den Medien entnommen – Peer Steinbrück auf Ihrem Parteitag in ausreichendem Maße getan.

(Zuruf von der SPD: Aber?)

Sie konnten – zumindest habe ich das so gelesen – auch erfahren, dass Ratschläge eben auch Schläge sind. Deshalb gebe ich Ihnen höchstens einen kleinen Tipp: Wenn Sie sich bildungspolitisch neu aufstellen wollen, vergessen Sie nicht die Bilanz Ihrer Arbeit.

(Beifall von der CDU)

Sie haben uns ein Bildungssystem hinterlassen, das sozial ungerecht ist und das zu wenig Qualität bringt. Genau hier setzen wir seitens der Koalition der Mitte an. Nach nur neun Monaten in der Regierungsverantwortung legen wir einen zugegebenermaßen ambitionierten Gesetzentwurf vor, der folgende schlichte Botschaft hat: Wir stellen das Bildungssystem im Nordrhein-Westfalen komplett neu auf.

Es ist der beherzte und mutige Ansatz für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land. Es ist der engagierte Beitrag, wieder zu besseren Ergebnissen an unseren Schulen zu kommen. Mit anderen Worten: Wir wollen vom Pisa-Verlierer zum Pisa-Gewinner werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Zu Recht! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Das von der alten Koalition im letzten Jahr verabschiedete Schulgesetz war nicht mehr als die technische Zusammenfassung von mehreren Gesetzen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht! – Kopfschütteln von Carina Gödecke [SPD])

Es war kein programmatischer Aufbruch. Es war eben nur die bürokratische Zusammenfassung der bestehenden Rechtslage.

Der heute von Frau Sommer eingebrachte Entwurf spiegelt genau den Anspruch der Koalition der Mitte wider. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat in seiner Regierungserklärung den Anspruch begründet, NRW wieder zur Nummer eins der deutschen Länder zu machen. Genau das ist unser Anspruch. Daran müssen wir uns messen lassen, daran messen wir unser Regierungshandeln. Deshalb erheben wir mit diesem Schulgesetz schlichtweg einen besonderen Anspruch: Wir möchten das modernste Schulgesetz und die modernste Schulverfassung in Deutschland schaffen.

Das bedeutet: Aufbruch, Neues und Veränderung. Veränderung bedeutet auch Widerspruch und Diskussion bei vielen Interessengruppen und natürlich auch Aufgeregtheit und Gekreische bei der Opposition. Für uns gibt es nur eine Leitlinie, um die es geht: Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht das Wohl unserer Kinder.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn sie sind der wichtigste Standortfaktor, den wir in Nordrhein-Westfalen haben. Deshalb brauchen wir Konsequenz in der eigenen Gedankenführung und Konsequenz in der Formulierung der Ziele.

Lassen Sie mich in vier Punkten kurz sagen, was die Modernität unseres Schulgesetzes ausmacht:

Erstens. Handlungsleitendes Prinzip dieses Schulgesetzes ist die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes – des leistungsstarken wie des leistungsschwachen, aber auch derjenigen Kinder, die im Mittelfeld sind. Wir müssen unser Schulsystem so organisieren, dass jeder Schüler sein Leistungspotenzial möglichst optimal entwickelt. Das führt zu einer besseren Leistungsspitze. Das führt aber auch zur Ausschöpfung der Potenziale von Kindern aus bildungsungewohnten Umfeldern.

In der letzten Anhörung hat Herr Prof. Leutner darauf hingewiesen, wie sehr es möglich ist, die Potenziale der Kinder zum Beispiel aus Migrantenfamilien erheblich besser zu fördern. Das ist das programmatische Grundbekenntnis dieses

neuen Schulgesetzes. Deswegen haben wir die individuelle Förderung in § 1 festgeschrieben.

(Beifall von der CDU und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Zweitens. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Die SPD hat uns ein Bildungssystem mit zu vielen Bildungsverlierern hinterlassen. Das müssen wir umdrehen. Wir müssen ein Bildungssystem von Bildungsgewinnern entwickeln. 14.000 Rückläufer im Jahr sind nicht akzeptabel; 60.000 Sitzenbleiber sind zu viel und vor allem viel zu teuer. Das Geld ist bei zusätzlicher Förderung und bei Lernstudios wesentlich besser angelegt. Wir wollen die konsequente Reform des dreigliedrigen Systems. Das heißt für uns aber auch erheblich mehr Durchlässigkeit von der Hauptschule zur Realschule und zum Gymnasium.

Im Schulgesetz ist dieser Grundsatz festgehalten und beschrieben. Es macht konkrete Festlegungen bei den Bestimmungen zu den Zeugniskonferenzen, bei den Lernstudios und auch bei den Grundschulgutachten. Höhere Durchlässigkeit nach oben heißt eben: bessere Förderung für Leistungsstarke und mehr Zeit zur Förderung der Leistungsschwachen.

(Carina Gödecke [SPD]: Das stimmt so nicht! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Drittens. Wir setzen auf die eigenverantwortliche Schule. Selbstständigkeit für wenige Modellschulen reicht nicht. Wir brauchen und wollen die Eigenverantwortlichkeit für jede einzelne Schule im Land. Das heißt: Wir lassen die Schulen in diesem Neuerungsprozess nicht allein. Wir beginnen damit am 1. August.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

In diesem Schulgesetz sind wichtige Bestandteile dieser Eigenverantwortlichkeit geregelt. Mehr Eigenverantwortlichkeit heißt: mehr Freiheit für die einzelne Schule. Das heißt auch: Jede Schule wählt ihren Schulleiter. Ich freue mich, dass ich für dieses von der SPD so hart kritisierte Vorhaben eine Kollegin der SPD-Fraktion als Kronzeugin zitieren darf, und zwar aus dem „General-Anzeiger“, Bonn, vom 12. Juli 1994. Damals sagte unsere heutige Kollegin, Frau Renate Hendricks:

„Der Schulleiter würde unter Beteiligung von Eltern, Lehrern und Schülern auf Zeit gewählt mit der Möglichkeit zur Wiederwahl.“

Das war damals ja ganz schön fortschrittlich. Schade, dass Sie dabei nur einen vergessen haben. Sie haben den Schulträger nämlich nicht erwähnt. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Wir

können den Schulträger nicht außen vor lassen. Wir brauchen ihn bei der Ausschreibung der Schulleiterposition. Wir brauchen ihn bei der Schulträgerschaft vor allem auch insoweit, als dass dem Schulträger nicht ein Schulleiter vor die Nase gesetzt werden kann. Wir brauchen die Kommunikation miteinander. Eigenverantwortlichkeit heißt: Schule sucht die Lehrer selber aus, Schule hat ein eigenes Budget.

Vierter Punkt. Wir brauchen mehr Qualität wie Zentralabitur, Reform der Oberstufe, mehr Wettbewerb und mehr Chancen durch Aufhebung von Schuleinzugsbezirken. Wir brauchen vor allem aber auch Qualitätsanalyse. Diese Qualitätsanalyse sorgt dafür, dass selbstständige Schulen im Hinblick auf die Ergebnisse kontrolliert werden; denn wir müssen die Ergebnisse verbessern – im sozialen Bereich wie im Leistungsbereich.

Meine Damen und Herren, mit diesem Schulgesetz legt die Landesregierung einen ambitionierten Entwurf vor. Dadurch wird der Neuanfang in der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen gesetzlich verankert. Das ist erforderlich. Das wird auch gelingen. Bei der Umsetzung sagen wir Ihnen, Frau Sommer, unsere volle Unterstützung zu.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Ute Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Augen zu und durch!“ – So titelte die „Neue Rhein-Zeitung“ am 30. März dieses Jahres in einem Kommentar zur Schulgesetznovelle der schwarz-gelben Landesregierung und bescheinigt der Ministerin – ich zitiere – „eine verblüffende Immunität ... gegenüber dem Rat von Fachleuten“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das „Westfalen-Blatt“ berichtete am 18. März 2006 – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Die Abgeordneten von CDU und FDP hätten alle Hände voll damit zu tun, die neue Philosophie der Landespolitik vor Ort publik zu machen.“

So wurde Frau Kollegin Doppmeier von der CDU zitiert.

Alle Hände voll zu tun hat auch der neue Generalsekretär der CDU, Herr Wüst, der sich nämlich

genötigt fühlt, alle Parteigliederungen anzuschreiben und sie aufzufordern, sich voll hinter das neue Schulgesetz zu stellen.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der CDU: Wenn etwas wirklich gut ist, warum müssen Sie es dann mit so viel Mühe im gesamten Land in Nordrhein-Westfalen erklären?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das, was Sie hier heute als Schulgesetzentwurf einbringen, ist alles andere als ein Gesetzentwurf. Es ist ein politisches Programm. Wir erinnern uns: Mein Gesetz ist der Koalitionsvertrag – so Frau Ministerin Sommer letztes Jahr. Spätestens jetzt wird allen klar, dass das kein Versprecher einer politisch bis dahin unerfahrenen Ministerin war. Diese Ministerin ist nicht frei, fachpolitisch angemessen zu handeln.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie steckt im Korsett der Koalition und wird vor allen Dingen auch durch die FDP eingengt.

Wenn die CDU und die FDP jetzt mit aller Macht die begabungsgerechte Schule umsetzen wollen, verhindern sie jede ergebnisoffene fachliche Diskussion um die beste Schule für unsere Kinder und Jugendlichen. Meine Damen und Herren, Sie verfestigen mit Ihrer Bildungspolitik ein längst überholt geglaubtes Klassensystem mit nur einem einzigen Gewinner: dem Gymnasium.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie begeistern sich selbst an der Vorstellung, das modernste Schulsystem in Deutschland zu entwickeln. Aber Meinungen von Fachleuten, Meinungen von Praktikern, wissenschaftliche Erkenntnisse und internationale Erfahrungen sind in diesem Prozess für Sie anscheinend eher lästig. Anders kann ich mir nicht erklären, dass hier im Landtag vier Anhörungen stattgefunden haben, aus denen Sie nichts, aber auch gar nichts in eine Novellierung Ihres Gesetzentwurfes hineingenommen haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die CDU ist übrigens gar nicht bis zum Schluss dabeigeblichen. Darauf möchte ich auch einmal hinweisen. Sie waren gar nicht an der Meinung der Experten interessiert. Ich sage Ihnen: Man braucht Partner, wenn man Schule qualitätsorientiert weiterentwickeln will. Das kann man nicht mit einem Gesetzentwurf regeln. Das kann man auch nicht mit Sonntagsreden regeln.

Zur Einbringung des Gesetzes möchte ich einen Punkt herausgreifen, und zwar Ihren Umgang mit der kommunalen Familie in Nordrhein-Westfalen. Wir erinnern uns: Der Bund, das Land und die Kommunen haben in der letzten Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen in zwei Jahren 1.400 offene Ganztagsgrundschulen aufgebaut. Die Kommunen haben sich als unverzichtbare bildungspolitische Akteure hervorragend bewährt. Schule und Jugendhilfe kooperieren außerordentlich erfolgreich. Und was machen Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen und von der Landesregierung? Diesem wichtigen Partner stellen Sie den Stuhl vor die Tür. Sie schränken jede kommunale Mitbestimmung und Mitgestaltung ein.

Sie sagen, dass Sie die Kommunen als Partner wollen. Bei der Wahl von Schulleiterinnen und Schulleitern sind die Städte und Gemeinden demnächst aber Statisten. Warum? Sollten sie nicht eigentlich viel stärker eingebunden werden, wenn wir von der Fortentwicklung von selbstständigen Schulen sprechen?

Sie reden über die Eigenverantwortung von Schulen. Sie reden über die Eigenverantwortung von Kommunen. In Wahrheit schieben Sie die Verantwortung ab und von sich weg. Reden und Handeln klaffen bei Ihnen völlig auseinander.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Warum dürfen die Kommunen nicht weiterhin selbst über die Gestaltung der Schulbezirke befinden? Warum beschneiden Sie die gerade erst eingerichteten und sehr begrüßten Möglichkeiten zur Gestaltung von regionalen und kommunalen Bildungslandschaften – auch vor dem Hintergrund der jetzt gültigen Gesetzesgrundlage für die Gründung von Verbundschulen? Vor dem Hintergrund der Diskussion von eben müssten Ihnen eigentlich die Ohren klingeln, weil Sie die Kommunen als Partner brauchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie stehlen sich aus der Verantwortung und nehmen diesem wichtigen Partner jeglichen Gestaltungsspielraum. Sie versprechen die Sprachprüfung bei allen Vierjährigen in Nordrhein-Westfalen. Aber mit den Sprachstandsüberprüfungen von 185.000 Kindern jährlich lassen Sie Städte, Gemeinden und Schulen alleine. Sie versprechen eine Lösung bei den Ausgaben für Lehr- und Lernmittel für Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Und dann – schauen wir einmal in den Gesetzentwurf – lassen Sie die Kommunen im Regen stehen. Sie begehen offensichtlichen Wortbruch.

(Beifall von der SPD)

Das Wort „Eigenverantwortung“ bekommt in Ihrer Regierungszeit eine ganz neue Dimension. Die Landesregierung verspricht nämlich vollmundig Lösungen, Umsetzung und Finanzierung sollen andere erledigen, aber ohne die notwendigen Ressourcen. Bei wem werden denn die Gymnasien vorstellig, wenn die im Gesetz vorgeschriebene Unterrichtszeitverdichtung in der Sekundarstufe I quasi eine Ganztagschule aus dem Gymnasium macht? Die gehen zum Bürgermeister. Bei wem werden die Eltern vorstellig, wenn ihr Kind nicht den gewünschten Platz an einer Grundschule nach freier Wahl bekommt? Die gehen zum Bürgermeister.

Und das ist auch der Grund, warum viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen Resolutionen gegen Ihre Schulgesetznovelle verfassen, und zwar auch solche Kommunen, die von der CDU geführt werden. Solche Resolutionen kommen bei uns jedenfalls reihenweise an. Ich weiß nicht, ob Sie keine bekommen.

Eigenverantwortliche Schule reduzieren Sie auf die Dienstvorgesetztenfunktion des Schulleiters oder der Schulleiterin. Gleichzeitig entziehen Sie dem System die Möglichkeiten der Qualifikation für diese wichtige Aufgabe und lassen die Schulen dieses natürlich „eigenverantwortlich“ regeln. Ihnen, meine Damen und Herren, fehlt der bildungspolitische Kompass für Nordrhein-Westfalen.

(Lachen von der CDU)

Dieser Gesetzentwurf ist ein Griff in die Mottenkiste!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte eines noch ganz deutlich machen – wir haben eben viel über Zahlen und Ziele diskutiert –: Die Ministerin hat zu neuen Stellen für die Schulen in NRW am 22. März gesagt:

„Klar ist auch, dass die neue Landesregierung alle Lehrerstellen, die durch zurückgehende Schülerzahlen zur Verfügung stehen, im Schulbereich erhalten wird.“

Ich möchte nur noch einmal deutlich machen: Im Hauptschulbereich werden 1.300 Stellen gestrichen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt hat Frau Abgeordnete Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben wir sie also auf dem Tisch liegen: die Vorlage, den Gesetzentwurf zur Schulgesetznovelle der schwarzgelben Landesregierung. Darin wird in ungewöhnlicher Offenheit die Ausgangslage beschrieben, die uns dieses Fehlkonstrukt beschert hat.

(Lachen von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir können dort also unter „A Problem“ lesen, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 13. Juli 2005 eine Schulreform angekündigt hat. Also: Das Problem für die nordrhein-westfälischen Schulen und Schulträger ist der Ministerpräsident, lese ich aus der Vorlage des Schulministeriums.

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Aua!)

Wenigstens diese fachliche Einschätzung kann ich voll und ganz teilen. Das kommt dabei heraus, wenn jemand versucht, richtige Begriffe wie „individuelle Förderung“, „Durchlässigkeit“, „Bildungsbeteiligung“ und „soziale Gerechtigkeit“ mit überholten Konzepten zu unterlegen, die auf einem wissenschaftlich unhaltbaren, fatalen „Begabungsgewirbel“, das schon den Koalitionsvertrag durchsetzt, und damit verbunden auf einem ständischen Gesellschaftsmodell aus dem vorletzten Jahrhundert fußen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dazu wurde das Ganze noch marktradikal eingewickelt, damit es doch irgendwie ein bisschen neu aussieht.

So weit, so schlecht – war die Schulministerin bis dahin ja außen vor. Ihr ist nach endgültiger Vorlage des Gesetzentwurfs, den sie jetzt mitzuverantworten hat, vorzuwerfen, dass sie kein fachliches Standing im Amt entwickelt hat. Ihre am Anfang aufblitzende kritische Haltung zu der Auflösung der Grundschulbezirke ist ja schnell kassiert worden. Von Herrn Laschet hört man ja auch nichts mehr. Der war da ein bisschen standhafter. Aber inzwischen darf er wohl auch nicht mehr.

Dabei hätte die Schulministerin nicht nur in dieser Frage durch die Expertinnen und Experten in den Landtagsanhörungen schon seit Januar fast 14-tägig zu schulgesetzrelevanten Fragestellungen hier im Plenarsaal reichlich Argumente und Fundierung erhalten, um die unsinnigen Regelungen aus dem Schulgesetzentwurf zu streichen, die fatale Wirkung entfalten werden. Die Ministerin legt ausgerechnet als Grundschulfrau durch einen erhöhten Selektionsdruck die Axt an die erfolgreiche

pädagogische und integrative Arbeit in der Grundschule,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der FDP)

an die Schulform, der es auch im internationalen Vergleich im deutschen Schulsystem noch am besten gelingt, den Zusammenhang von Schulerfolg und sozioökonomischem Familienhintergrund möglichst klein zu halten.

Unbeirrt fährt Schwarz-Gelb auch den Konfrontationskurs gegen die Kommunen weiter: Verstärkung der sozialen Segregation durch Auflösung der Schulbezirke. – Machen Sie den Kommunen und Eltern doch nichts vor! Vielleicht sollten Sie in den Mitteilungsblättern des Städte- und Gemeindebundes den Hinweis auf ein aktuelles OVG-Urteil nachlesen, das sich mit der Frage der Bevorzugung von Wohnortschülern beschäftigt hat. Das OVG stellt zum Beispiel fest, dass das Aufnahmekriterium „Wohnsitz“ nicht so einfach Bestand habe und die Aufnahmeentscheidung in der Befugnis der Schulleitung liege und eben nicht bei der Kommune. Als Steuerungselemente der Kommune werden ausdrücklich die Schuleinzugsbezirke und -bereiche genannt. Wenn diese wegfallen, fehlen den Schulträgern auch im Hinblick auf eine überörtliche Schulentwicklungsplanung jegliche Steuerungselemente.

Ob vor dem Hintergrund dieses OVG-Urteils die Beruhigungsspielle für die Eltern rechtlich Bestand hat, sie hätten auf jeden Fall einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der nächstgelegenen Grundschule, stelle ich hiermit infrage.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eltern lassen sich von den neuen abwiegelnden Formulierungen zu den Grundschulempfehlungen übrigens auch nicht auf den Leim führen. Die sind ja auch so verwirrend, dass selbst die Ministerin mit der Interpretation reichlich zu tun hat, wie die Berichterstattung aus ihrer Pressekonferenz das deutlich abbildet.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Eigentlich meint die Ministerin, dass die Grundschullehrkräfte die Empfehlung richtig abgeben würden. Fehlerquote maximal zwei von 1.000, sagt sie in Paderborn. In Düsseldorf sagt sie in ihrer Pressekonferenz, es gebe keine zweifelsfreien Entscheidungen, aber dann doch durch den Prognoseunterricht zweifelsfrei zwangsweise – natürlich nur für die Zuweisung zur Hauptschule, nicht zum Gymnasium. Und nach einem halben Jahr wird dann geguckt, ob man sich bei der zwei-

felsfreien Prognose nicht vielleicht doch vertan hat. Dann ist dem Kind aber allein durch die Prozedur schon vermittelt worden, dass es zu denen gehört, die es nicht bringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wird dem Kind neben einer Schulformempfehlung eine eingeschränkte Empfehlung für eine weitere Schulform gegeben, ist es jetzt an den Eltern, herauszubekommen ob eine weiterführende Schule den Förderbedarf abdecken kann, sodass das Kind dann doch an der gewünschten Schulform unterkommen kann. Wenn die Realschule A oder das Gymnasium B es nicht kann, können die Eltern auch noch die anderen Schulen abklappern, ob es da vielleicht ein passendes Förderkonzept gibt.

Nein, die Eltern gehen der Schulministerin auch mit den neuen Verschleierungsversuchen nicht auf den Leim. Martin Depenbrock von der Landeselternschaft Grundschulen bringt es auf den Punkt: Die Eltern bleiben bei der Ablehnung der verbindlichen Gutachten und beklagen das geplante unzumutbare Schaulaufen der Kinder. Mit dem Schulgesetz und dem Abkoppeln des Gymnasiums verabschiedet sich Schwarz-Gelb von der Durchlässigkeit im System.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da helfen auch alle künstlichen Konstruktionen, die Sie schönreden, nichts. Schulzeit, -fächer und -inhalte passen nicht mehr mit den anderen Schulformen zusammen und das verhindert den Wechsel. In der Hauptschule wird durch ihre Vorschläge die Konzentration zur Restschule vorangetrieben.

Die Vertreter der Hauptschullehrerinnen und -lehrer, der Verband Bildung und Erziehung sowie die GEW sind sich einig: Die Hauptschule ist die Schule derer, die im System abgehängt worden sind. Verlierer haben aber nichts mehr zu verlieren. Das war auch die Botschaft der Schülerinnen und Schüler, die ihre Situation in der Rütli-Schule schildern.

Wir haben eben in der ersten Debatte sehr deutlich dazu erklärt, dass dies nicht die Perspektive für Schüler und Schülerinnen sein darf. Diese Effekte werden aber durch Ihre Gesetzesvorlage verstärkt. Welche Weichenstellungen zusätzlich im neuen Schulgesetz vorbereitet werden, wird an dem Entwurf der Ausbildungsordnung Grundschule sehr deutlich: Die Übergangsempfehlung zur Gesamtschule wird gestrichen. Es macht Ihnen wohl Angst, dass zusätzlich zu den schon bestehenden Anmeldeüberhängen noch mehr Eltern

auf Integration setzen und ihre Kinder dem Selektionsdruck der neuen Landesregierung nicht aussetzen wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Sie werden auch durch eine restaurative Schulgesetznovelle den Abgang auf das gegliederte Schulsystem nicht aufhalten können. Das schreiben Ihnen OECD, Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut oder Lothar Späth, Handwerkskammern und schließlich Ihre CDU-Kollegen aus anderen Bundesländern ins Stammbuch, die sich längst auf den Weg gemacht haben, die Mehrgliedrigkeit unideologisch zurückzuführen.

Herr Rüttgers, was sagen Sie eigentlich dazu, dass ausgerechnet die amtierende Bundeskanzlerin und der amtierende SPD-Parteichef Platzeck eine sogenannte Einheitsschulform, um Ihr Schimpfwort einmal aufzugreifen, offensichtlich so erfolgreich durchlaufen haben, dass sie jetzt an der Spitze der Bundesrepublik stehen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Lachen von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Schade, dass es keinen Sozialismus mehr gibt!)

Es ist schon sehr interessant, dass sich ausgerechnet die Pisa-Sieger Finnland diese Struktur zum Vorbild zur Gestaltung ihres Schulsystems genommen haben. Sie können also vielleicht in einem intensiven Gespräch über Bildungsbiographien noch einiges dazulernen und Ihre ideologischen Scheuklappen endlich abbauen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wir setzen die Debatte fort mit einem Beitrag von Frau Pieper-von Heiden, FDP-Fraktion.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin! Dies ist ein historischer Tag für unser Land, ein bildungspolitischer Befreiungsschlag. Mit der heutigen Einbringung des Regierungsentwurfes für ein neues Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen geht es nun endlich mit Siebenmeilenstiefeln in eine erfolgreiche Bildungszukunft für unsere Kinder und Jugendlichen.

FDP und CDU bringen mit diesem Gesetzentwurf ein konsequent durchdachtes Reformwerk aus einem Guss auf den Weg und setzen damit den Flickenteppich von Erlassen außer Kraft, mit dem Rot-Grün dieses Land über Jahre und Jahrzehnte

überzogen hat. Wir geben unseren Schulen Freiheit und Selbstverantwortung, aber dazu auch die für eine hervorragende Bildungsarbeit notwendigen qualitativen Rahmenvorgaben und Ressourcen.

Im Zentrum unserer Reformschritte steht das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen. Deshalb schreiben wir erstmals in der Geschichte Nordrhein-Westfalens das Recht auf individuelle schulische Förderung fest. Nur so können alle Kinder ihr Potenzial optimal entfalten: der Schüler mit Lernschwierigkeiten ebenso wie der Hochbegabte, die Schülerin mit schwachen Leistungen ebenso wie die Leistungsstarke. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Chancengerechtigkeit endlich auch im Bildungsprozess eines jungen Menschen gelebt wird und nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommt wie unter Rot-Grün.

Erfolgreiche Teilnahme am Unterricht und Teilhabe an Berufsleben und Gesellschaft setzen eines gleichermaßen voraus: gute Kenntnisse der deutschen Sprache. Deshalb prüfen wir bereits zwei Jahre vor der Einschulung eines Kindes, ob seine Sprachfähigkeiten altersgemäß entwickelt sind. Ist das nicht der Fall, sorgen wir für verpflichtende Sprachkurse. Wir wollen, dass jedes Kind hinreichend deutsch spricht, wenn es eingeschult wird. Zur Sicherheit überprüfen wir dies ein zweites Mal bei der Schuleingangsuntersuchung. Kein Kind wird künftig mehr verloren gegeben.

Die schwarz-gelbe Zukunftsreform findet sich ganz konkret in jeder einzelnen Etappe der Schullaufbahn eines Kindes wieder. Auch die Entwicklung und Wertschätzung der weichen Kompetenzen, der sogenannten Softskills, sowie eine Werte-Erziehung zur gegenseitigen Achtung im menschlichen Miteinander zieht sich wie ein roter Faden über die gesamte Schulzeit und findet ihren Ausdruck in Kopfnoten.

Die mit der Novellierung des Schulgesetzes auf den Weg gebrachten Verbesserungen sind so umfangreich, dass ich sie in der kurzen Zeit nicht einmal anreißen kann. Ein paar Hinweise möchte ich dennoch dazu geben:

Erstens. Zwergschulen bleiben erhalten. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung ermöglicht unter Berücksichtigung rückläufiger Schülerzahlen Grundschulverbände mit einer Stammschule und einer oder mehreren Dependancen.

Zweitens. Eltern entscheiden künftig, welche die passende Grundschule für ihr Kind ist.

Drittens. Noch nie zuvor war unser Schulsystem so durchlässig, wie es nach Inkrafttreten des neu-

en Schulgesetzes sein wird. Bereits in der Erprobungsstufe – im fünften und sechsten Schuljahr – überprüfen wir nach jedem Halbjahreszeugnis, ob einem Kind der Wechsel auf eine höhere Schulform empfohlen werden kann. Kein Schüler muss in der Erprobungsstufe zwei Jahre auf einen möglichen Schulaufstieg warten, wenn seine Leistungen gut sind. Diese Durchlässigkeit bleibt während der gesamten Schulzeit bewahrt.

Viertens. Eltern, die ihren Kindern weniger zutrauen, als diese in der Lage sind zu leisten, sollen ermutigt werden, ihr Kind in eine höhere Schulform zu schicken.

Fünftens. Mit der Beliebigkeit beim Abitur, das nach zwölf Jahren abgelegt wird, ist es nun vorbei. Mit der inhaltlichen Reform der gymnasialen Oberstufe stellen wir eine hohe Allgemeinbildung der angehenden Abiturienten in den Vordergrund und schaffen zur besseren Studierfähigkeit ein höheres Kompetenzniveau in den Fächern Deutsch, Mathematik und in Fremdsprachen, die auch schriftliche Abiturprüfungsfächer werden. Die bisherige Unterteilung in Grund- und Leistungskurse entfällt. Die zentrale Abiturprüfung findet in insgesamt vier Fächern schriftlich statt; ein mündliches Prüfungsfach kommt hinzu.

Sechstens. Mit der organisatorischen Reform – also dem Modell 9 + 3 – der gymnasialen Oberstufe, die bereits in der 10. Klasse mit der Einführungsphase beginnt und sich in der 11. und 12. Jahrgangsstufe mit der Qualifikationsphase fortsetzt, schaffen wir ein System, das einen individuell flexiblen Übergang aus anderen Schulformen ermöglicht.

Seiteneinsteiger aus Realschule und Hauptschule sowie Gesamtschüler treten nach der zehnten Klasse in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe ein. Bei durchgehend guten Leistungen in den Kernfächern und einer erlernten zweiten Fremdsprache können Realschüler und Gesamtschüler nach dem mittleren Bildungsabschluss der zehnten Klasse auch direkt in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe springen und auf diese Weise ihr Abitur auch bereits nach zwölf Jahren ablegen. Dieses Modell nimmt Rücksicht auf das individuelle Lerntempo und das Leistungsvermögen eines Jugendlichen.

Dies war nur ein kurzer Auszug aus dem Strauß der Neuerungen des neuen Schulgesetzes, dessen Umsetzung einen positiven Einfluss auf die Motivation unserer Schüler und die Qualität der Ergebnisse schulischer Arbeit insgesamt haben wird.

Außerhalb und vor Inkrafttreten des Schulgesetzes haben wir bereits eine qualitative Aufwertung des Ganztags an Grundschulen in Angriff genommen und die Ganztagsoffensive an Hauptschulen gestartet.

Dass wir darüber hinaus im Jahr 2006 zusätzlich zu den bereits im Jahr 2005 vorgenommenen Lehrerneueinstellungen 2.517 Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall, für Vertretungsaufgaben und für besondere Förderaufgaben ausweisen, zeigt klar, wo die Prioritäten dieser Landesregierung liegen.

Außerdem gibt es 900 Lehrerstellen für eine Vertretungsreserve für Grundschulen, die unbefristete Weiterbeschäftigung der 250 Sozialpädagogen an Hauptschulen sowie 250 zusätzliche Entlastungsstellen für Schulleiter für Fortbildungen.

So liest sich die lange Positivliste einer erst kurzen Regierungszeit. Dieses Jahr wird ein gutes Jahr für die Schulen in Nordrhein-Westfalen, der Start in eine erfolgreiche Zukunft. Die Weichen dafür sind gestellt. Ein großes Dankeschön an unsere Schulministerin, die sich bei dieser Wegbereitung für die Zukunft unserer Kinder nicht von einer verzagten Opposition hat irritieren lassen. Vielen Dank dafür, Frau Ministerin Sommer.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat sich Ministerpräsident Dr. Rüttgers zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Schulgesetz ist eine der großen Reformen dieser Legislaturperiode. Ich bin heute Morgen hierhergekommen, weil ich mich auf eine Diskussion über ein neues Schulsystem, eine neue Schule, ein Mehr an Förderung, ein Mehr an Leistung, ein Mehr an Durchlässigkeit gefreut habe und habe dann Reden von der Opposition gehört, die einer inhaltlichen Debatte ausgewichen sind und stattdessen versucht haben, den Eindruck zu erwecken, als ob mit diesem neuen Schulgesetz etwas Falsches passiert. Ich habe dann die ganze Zeit darüber nachgedacht, in welcher Situation unsere Schulen in Nordrhein-Westfalen zurzeit sind und wer eigentlich heute Morgen begründen muss, warum sich etwas ändert, oder ob man begründen muss, dass alles so bleiben kann, wie es ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Schäfer?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein.

(Ute Schäfer [SPD]: Das ist aber schade!)

– Das ist überhaupt nicht schade; denn nach dem, was Sie, Frau Schäfer, als Rede abgeliefert haben, wüsste ich nicht, warum ich jetzt, nachdem ich gerade vier Sätze gesagt habe, anfangen soll, mit Ihnen zu diskutieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein Zitat, wie man auch unser Schulsystem wahrnimmt:

„Wir leisten uns im internationalen Vergleich das wohl teuerste (und bürokratischste!) Bildungssystem. Nur, das bestätigt uns Pisa immer wieder, sagt die Höhe der Bildungsausgaben nichts über die Qualität und die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems aus. Nicht nur, dass wir das Ziel, die besten Bildungschancen gerade für Kinder aus sozial schwächer gestellten Milieus zu erreichen, verfehlt haben: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die soziale Herkunft von so entscheidender Bedeutung für die Bildungs- und damit für die Berufs- und Aufstiegschancen wie heute. Maximaler Geldeinsatz für minimale Effekte – das ist ein denkbar schlechtes Geschäft, für den Staat, mehr noch aber für unsere Gesellschaft.“

Diese Sätze sind aus einem Aufsatz, der am vergangenen Sonntag im „Tagesspiegel“ erschienen ist, von Peer Steinbrück, meinem Vorgänger.

(Beifall von CDU und FDP)

Es mag sein, dass man der Auffassung ist, was ich ausdrücklich nicht bin, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Aber wenn das Sein das Bewusstsein bestimmt, beginnt das Bewusstsein doch zuerst mit der Wahrnehmung von Wirklichkeit.

(Beifall von der CDU)

Ich stelle fest, dass sich sowohl SPD als auch Grüne weigern, die Wirklichkeit des Schulsystems in diesem Land überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man selber die Chance hatte, 39 Jahre Schulpolitik zu machen, und liefert ein Ergebnis ab, wie es Peer Steinbrück in diesem Aufsatz be-

schrieben hat, braucht man nicht zu begründen, warum sich etwas ändern muss. Es geht vielmehr darum, dass sich sehr schnell etwas ändern muss, weil jeder Tag, an dem sich nichts ändert, schlecht für die Kinder in unserem Land ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will heute nicht darüber rasonieren, dass es vielleicht auch etwas damit zu tun hat, dass man selber noch auf der Suche nach einer neuen, einer besseren Antwort ist. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der neu gewählte Vorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen angekündigt hat, dass man bis zu den kommenden Wahlen zu allen politischen Fragen alternative Konzepte vorlegen will.

Ich wünsche viel Glück und freue mich auf die Diskussionen. Ich finde es ehrlich, wenn Herr Dieckmann zugibt, mit ihm werde es keine Schnellschüsse geben, Vorrang habe die Sorgfalt. Aber das heißt, auch in dieser Schulfrage hat die SPD zurzeit kein Konzept.

(Beifall von der CDU)

Es gibt aber einen zweiten Denkansatz in der SPD und, wie wir heute von Frau Löhrmann gehört haben, auch bei den Grünen. Die Abgeordnete Kraft hat ihn in einem Interview folgendermaßen formuliert: Bei den Schulen stellen wir die Systemfrage.

Frau Löhrmann, vielleicht lohnt es sich, ein klein wenig darüber nachzudenken, warum Sie so gesprochen haben, wie es hier der Fall war. Ich vermute, es hat etwas damit zu tun, dass es in Wahrheit, auch schon in den letzten Jahren, um etwas ganz anderes ging. Mich hat es eben erstaunt, dass Sie immer dazwischengerufen haben: „Wir wollen die Hauptschule doch gar nicht abschaffen!“ Dann haben Sie hier eine Rede gehalten, in der Sie deutlich gemacht haben, dass Sie zwar vielleicht nicht eine einzelne Hauptschule auflösen wollen – das mag so sein –, aber in Wahrheit die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium auflösen möchten. Das ist doch die Systemfrage.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist doch der alte Streit, der uns seit 30 Jahren beschäftigt: Was ist besser, das gegliederte oder das integrierte Schulwesen? Wir wissen seit 30 Jahren, dass wir da keinen Konsens haben. Ich fände es ehrlich, wenn Sie das wenigstens sagen würden, statt hier zu rufen: „Ich will die Hauptschule nicht auflösen!“, während Sie in Wirklichkeit alle Schulformen auflösen wollen. Frau Löhrmann, das ist nicht ehrlich. Das ist nichts an-

deres als billige Rabulistik, und das ist eigentlich nicht angemessen.

(Beifall von der CDU)

Der Punkt ist deshalb von Bedeutung, weil er etwas mit dem neuen Schulgesetz zu tun hat. Das neue Schulgesetz enthält viele Elemente dahin gehend – das sage ich frank und frei, und Frau Kollegin Sommer hat das in vielen Reden, auch heute Morgen, deutlich gemacht –, dass wir nicht, wie Sie zu insinuieren versuchen, sagen: Wir machen jetzt eine Politik, durch die wir die Schulformen voneinander abschotten und dafür sorgen ...

(Zuruf von der SPD: Genau das machen Sie doch!)

Das suggerieren Sie übrigens mit der Verwendung eines Wortes, über das Sie noch einmal nachdenken sollten. Vielleicht denken Sie noch einmal darüber nach, ob der Begriff „Selektion“ nicht aus dem Wörterbuch des Unmenschen stammt und ob er in diesem Zusammenhang wirklich angemessen ist.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

– Frau Beer, das gilt auch für Sie. Wir haben in den letzten Monaten versucht, Lösungen zu finden, die die verschiedenen Schulformen so durchlässig machen, dass niemand schon ganz am Anfang auf eine bestimmte Schulkarriere festgelegt wird.

(Beifall von der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch keine Anhörung hier!)

Hätten Sie doch wenigstens den Mut, mit uns über die Frage zu diskutieren, wie man das vorhandene Schulsystem durchlässig machen kann. Aber Sie verweigern sich dieser Diskussion, weil Sie in Wirklichkeit nicht wollen, dass das Schulsystem durchlässiger wird, damit Sie Ihre ideologischen Vorstellungen von den Schulformen durchsetzen können.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD)

Frau Schäfer, insofern haben Sie natürlich Recht, wenn Sie sagen, dass dieses Gesetz ein politisches Programm ist. Es ist ein politisches Programm, das von mehr Selbstbestimmung geprägt ist, von mehr Leistung und mehr sozialer Gerechtigkeit. Das ist genau das, was wir durchzusetzen versuchen.

(Ute Schäfer [SPD]: Fragen Sie doch die Bürgermeister! Gehen Sie mal zum Städte- und Gemeindebund!)

Dieses neue Schulgesetz stärkt die Selbstbestimmung, weil es den Schulen die Chance gibt, ein eigenes pädagogisches Profil zu entwickeln. Es stärkt die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, weil es den Schulleitungen mehr Gestaltungsfreiheit und Verantwortung gibt. Es stärkt die Lehrerinnen und Lehrer, weil es ihnen erzieherische und pädagogische Kompetenz zurückgibt. Schließlich stärkt es die Selbstbestimmung der Eltern, weil es ihnen die freie Wahl der Grundschule ermöglicht und ihnen mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten in den Schulen einräumt.

(Beifall von CDU und FDP – Ute Schäfer [SPD]: Fragen Sie die Lehrer, was die davon halten!)

Das neue Schulgesetz ermöglicht mehr Leistung und mehr Qualität an den Schulen, und es macht die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zur zentralen Leitidee dieser neuen Schule in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Nachdem Sie uns viele Jahre lang von den Schulmodellen in Finnland und anderswo vorge schwärmt haben, möchte ich Sie fragen, was eigentlich dagegen zu sagen ist – wir haben immer gesagt, dass wir Elemente dieser Form von Schule, nämlich die individuelle Förderung, in unseren Schulen verwirklichen wollen –, wenn in der 5. Klasse nach einem halben Jahr geschaut wird, ob eine andere Schulform für ein Kind nicht angemessener ist?

Was ist dagegen zu sagen, wenn man die Schule nicht nur nach der 4. und der 10. Klasse, wie es heute trotz Ihrer Rederei in den letzten Jahren de facto der Fall ist, wechseln kann, sondern, wenn man bestimmte Leistungen erbracht hat, nach jedem Jahr? Was ist dagegen zu sagen?

(Beifall von CDU und FDP)

Was ist dagegen zu sagen, wenn in allen Schulen und in allen Klassen Fördersysteme existieren, durch die die Kinder, die neu hinzukommen, oder diejenigen, die als Spätstarter irgendwelche Schulprobleme haben, oder diejenigen, die, weil es zu Hause irgendwelche Probleme gab, in der Schule durchhängen, aufgefangen werden? Sie bekommen Hilfe, statt dass man sie von oben nach unten durchrasseln lässt, wie Sie es in dem von Ihnen verantworteten Schulsystem bisher zugelassen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen finde ich es wichtig, dass der Satz „Wir wollen, dass die Versetzung der Regelfall wird“

ernst genommen wird. Das ist übrigens ein Satz, der für alle Schulen eine ungeheuerere Herausforderung beinhaltet, gerade auch für die Gymnasien. Es geht dann eben nicht mehr, dass man sagt: Wir sind die Schule, wir haben hier einen Stoff, den ihr fressen müsst, und wenn es nicht klappt, habt ihr Pech gehabt und geht eben wieder auf die Realschule. – Dann muss der Schülerin und dem Schüler geholfen werden, und zwar in der konkreten Phase, in der er oder sie sich gerade befindet.

Dass wir damit noch nicht alle Probleme gelöst haben, wissen wir auch. Deshalb diskutieren wir über viele, viele Einzelmaßnahmen. Frau Schäfer, eigentlich diskutiere ich schon gar nicht mehr mit Ihnen, wenn Sie, nachdem Sie es in Ihrer Zeit nicht geschafft haben, dafür zu sorgen, dass unsere Schulen ordentlich mit Lehrern versorgt werden, sich hierhin stellen und versuchen, das herunterzureden.

Wir haben noch nicht alles geschafft, was wir wollen. Das ist die Wahrheit. An unseren Schulen bleibt noch viel zu tun. Aber wir wollen einen Weg beschreiten, der am Schluss dazu führt, dass die Kinder, die an unseren Schulen lernen, aus ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten etwas machen können, und zwar so, dass sie alle Chancen haben, das zu machen, was sie wirklich wollen. Dass das natürlich in sozial schwierigen Gebieten eine besondere Herausforderung ist, wissen wir auch. Deshalb wollen wir ja gerade im Bereich der Hauptschulen 50.000 zusätzliche Ganztagsplätze anbieten und versuchen, sehr schnell einen Schritt weiter zu kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Mehr Förderung, mehr Gestaltungsfreiheit für die Schule, mehr pädagogische Möglichkeiten für die Lehrerinnen und Lehrer, mehr Leistung, mehr Elternwille und mehr Durchlässigkeit – das ist das, was wir mit diesem Schulgesetz umsetzen wollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Mehr Elternwille? Das ist doch lachhaft!)

Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, Frau Beer, und Sie fragen, ob Sie uns wirklich empfehlen wollten, ein Schulsystem wie in der ehemaligen DDR einzuführen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer will das?)

– Sie hat gesagt, dort kämen besonders gute Leute her. Das ist zumindest, was Angela Merkel angeht, unzweifelhaft richtig.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, wenn man die Debatte richtig auf sich wirken lässt, gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Hannelore Kraft [SPD]: Es gibt Gott sei Dank mehrere!)

– Dass Sie schon „Gott sei Dank“ rufen, bevor Sie gehört haben, welchen Unterschied ich meine, finde ich eine beachtliche intellektuelle Leistung.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Jeder von uns weiß, dass Lehrerin oder Lehrer zu sein heute angesichts der Situation in unseren Schulen und der vielen gesellschaftlichen Probleme, die wir unzweifelhaft haben, nicht nur ein Beruf oder – wie man früher gesagt hat – eine Berufung, sondern eine ungeheuerere persönliche Herausforderung ist. Ich finde es wichtig, zu sagen, dass die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in dieser Gesellschaft unsere aller Hochachtung verdient.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenigstens an dieser Stelle hätten Sie eigentlich auch klatschen können.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich finde und weiß, dass von den Lehrerinnen und Lehrern viel verlangt wird. Ich weiß auch, dass wir dieses Gesetz, wenn der Landtag es beschlossen hat, nur umsetzen können, wenn die Lehrerinnen und Lehrer es mittragen.

(Edgar Moron [SPD]: Wenn es nicht klappt, sind die schuld!)

Ich meine, dass wir alle bei unseren Bemühungen, ein Schulsystem zu bekommen, das unseren Kindern und Jugendlichen mehr Chancen gibt, den Lehrerinnen und Lehrern vertrauen müssen. Meine Erfahrung in der Politik ist, dass man mit Verordnungen, Hinweisen oder Briefen von oben ein System nicht verändern kann, sondern das geht nur, wenn alle versuchen, nach einer Diskussion eine bestimmte Idee umzusetzen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich vertraue den Lehrerinnen und Lehrern bei uns in Nordrhein-Westfalen, dass sie diesen Beruf ergriffen haben, weil sie das Beste für die ihnen anvertrauten Kinder wollen. Ich bin ganz sicher, wer te Kolleginnen und Kollegen, dass trotz der Belastungen, die mit den Umstellungen zweifelsfrei verbunden sein werden, wir mit dem Engagement und der Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer

rechnen können, weil sie das Beste für die Kinder wollen.

Wir werden vonseiten der Landesregierung alles tun, diese Umstellungsphase, die nicht einfach wird, so zu gestalten, dass die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleiterinnen und Schulleiter jede Hilfe bekommen, die sie brauchen, damit am Schluss das gemeinsame Ziel erreicht wird, nämlich eine Schule mit mehr Chancen für alle Kinder.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat ihre Redezeit um knapp 14 Minuten überzogen,

(Zurufe von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Das war gut so!)

sodass jetzt alle Fraktionen dieses Hauses die Möglichkeit haben, ihre Redezeit entsprechend zu verlängern.

Ich gebe zunächst für die Fraktion der SPD der Kollegin Hannelore Kraft das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Ministerpräsident, wir haben eine sehr ruhige Rede von Ihnen gehört. Sie haben in einer langen Rede noch einmal die wesentlichen Inhalte Ihres Schulgesetzes dargelegt. 14 Minuten mehr als vorgesehen zeigt, dass Sie viel erklären müssen. Das können wir erst einmal festhalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

Die Ziele Ihrer Schulpolitik, die Sie formuliert haben, können wir alle unterschreiben. Ihr Lob an die Lehrerinnen und Lehrer können wir alle unterschreiben, weil wir alle in unseren Wahlkreisen sehr enge Kontakte in die Schulen hinein haben und wissen, welche gute und engagierte Arbeit dort geleistet wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An dieser Stelle gibt es überhaupt keinen Dissens. Das Entscheidende ist aber, Herr Ministerpräsident und Frau Schulministerin, angesichts der Probleme, die wir alle in den Schulen im Lande feststellen, und der Zahlen, die uns nicht gefallen, die Frage: Wie kommen wir aus dieser Situation heraus? Den Weg, den Sie mit diesem Schulgesetz beschreiten, halten wir für falsch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, da sind wir nicht alleine. Wir sind als SPD und – ich darf da die Grünen mitnehmen – als Grüne bezeichnenderweise nicht einmal alleine, sondern bei meinen Reden, die ich im Land in vielfältiger Weise halte, bei denen auch Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP dabei sind, sind zumindest die CDU-Kollegen sehr häufig diejenigen, die bei den Kritikpunkten am Schulgesetz klatschen und auf unserer Seite der Argumentation stehen.

(Beifall von der SPD)

Sie kennen doch die Äußerung Ihrer Kommunalpolitiker vor Ort. Sie kennen doch die Äußerung der Experten und der Fachleute.

Ich habe mir das Vergnügen gemacht, mich in einige der vier Anhörungen eine Zeit lang hineinzugeben. Wenn Sie sagen, wir hätten eine falsche Wahrnehmung der Realität, dann kann ich Ihnen nur sagen, Herr Ministerpräsident: Gehen Sie in diese Anhörungen, hören Sie sich an, was die Experten sagen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese sagen, das ist der falsche Weg zur Lösung unserer Probleme.

Ich greife nur einen Aspekt heraus, der mich zugegebenermaßen besonders tangiert, weil mich das in meinem sozialdemokratischen Herzen besonders trifft, wenn Sie stellen hier darstellen, Ihr Gesetz würde dazu beitragen, die Durchlässigkeit in unserem Schulsystem zu erhöhen. Das ist eine Verhöhnung der Realität, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Darstellung von denen ist unverschämt!)

Durch die Art und Weise, wie Sie jetzt das „Turbo-Abitur“, was wir grundsätzlich für richtig halten, organisieren, werden weniger Kinder den Aufstieg schaffen und nicht mehr. Und deshalb ist es falsch.

(Beifall von der SPD)

Insofern muss man auf die Details schauen.

Mich ärgert auch, dass bei Ihnen die Bildungspolitik erst in der Grundschule anfängt, dass Sie die Verbindung von Schulpolitik und Kindergartenpolitik, die wir geschaffen haben, auflösen und auseinander gerissen haben. Auch das ist der falsche Weg. Bildung muss im Kindergarten anfangen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb ist es falsch, in diesem Bereich weiter zu kürzen. Das ist doch der Grund, warum wir uns

mit vielen anderen in diesem Land gegen die Kürzung in diesem Bereich so besonders auflehnen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Uns geht es um die Kinder in diesem Land. Wir wissen, da muss etwas verändert werden. Wir hatten uns auf den Weg gemacht und sind nicht fertig geworden. Und wir haben auch nicht immer alles richtig gemacht. Aber der von Ihnen eingeschlagene Weg, Herr Ministerpräsident, in diesem Schulgesetz mit Symbolpolitik und mit Druck im System ist der falsche Weg. Das wird uns nicht zu Pisa-Gewinnern machen. Deshalb sind wir auf der anderen Seite. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU, Kollege Stahl, das Wort.

(Edgar Moron [SPD]: Helmut, sagst du uns wieder, dass ihr die Wahl gewonnen habt! – Heiterkeit)

Helmut Stahl (CDU): Ich sage das so lange, bis du es glaubst!

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe mich doch veranlasst, auf das, was Kollegin Kraft gerade gesagt hat, kurz einzugehen.

Zunächst einmal ist es gut, dass Sie dem Ministerpräsidenten attestieren, dass er die richtigen Fragen stellt, dass wir die richtigen Fragen stellen,

(Zuruf von der SPD: Aber die falschen Antworten geben!)

und den Lehrerinnen und Lehrern zugestehen, dass sie an unseren Schulen eine engagierte gute Arbeit leisten.

Wenn wir diese Sicht gemeinsam haben, dann ist doch erklärungsbedürftig – das frage ich Sie –, warum die Situation an unseren Schulen so ist, wie sie ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich doch gerade gesagt!)

Wie die Situation an unseren Schulen ist, wissen wir alle in diesem Raum aus Lernstandserhebungen nationaler wie internationaler Art.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wissen wir auch aus persönlichen Besuchen!)

Diese Lernstandserhebungen sagen uns: Nordrhein-Westfalen rangiert – leider Gottes – weit hinten.

Wir stellen die richtigen Fragen und sind auch der Auffassung, dass die Lehrer eine überzeugende, eine engagierte Arbeit leisten. Doch wenn Nordrhein-Westfalen weit hinten rangiert, dann kann es doch nur daran liegen, dass Sie über 39 Jahre hinweg eine Politik betrieben haben, die an den Bedürfnissen der Kinder dieses Landes, der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Kultur vorbeiging.

(Beifall von CDU und FDP)

Da lese ich Sätze des Vorsitzenden der SPD Nordrhein-Westfalens, die soeben mit dem Vermerk „Es gilt das gesprochene Wort“ in seinem Redemanuskript bestätigt werden: „Chancengleichheit im Bildungssystem muss ein zentrales Ziel jeder Regierungspolitik sein. Die soziale Herkunft darf nicht über Bildungschancen und damit über Zukunftschancen entscheiden.“

(Sören Link [SPD]: Bei Ihnen gilt das nicht?)

Wenn eine Aussage widerlegt ist – man sagt in der Wissenschaftssprache falsifiziert –, dann ist es die im Hinblick auf die Politik, die Sie 39 Jahre lang betrieben haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn hier wird Chancengleichheit angemahnt von jemandem, dessen Partei 39 Jahre lang mit Verantwortung für unser Bildungssystem trägt. Das darf doch nicht wahr sein! Leidet dieser Mensch an partieller Amnesie?

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein, wir sind lernfähig!)

Gedächtnisverlust nach dem Motto: Ich bin abgewählt worden, sofort vergesse ich alles, was ich vorher als Politiker, als Vorsitzender einer Partei zu verantworten hatte. Das ist eine Argumentation, die Sie nicht länger fahren sollten, zumal Sie die Offenheit besitzen, die ich anerkenne, zu sagen: Wir brauchen Zeit, um uns zu finden. Wenn Sie sich noch nicht gefunden haben, schlage ich Ihnen vor: Suchen Sie sich erst, und wenn Sie sich gefunden haben, dann komme Sie her und üben Kritik an dem, was wir als Gesetzgebungsvorhaben heute Morgen eingebracht haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein Vorletztes! Sie weisen auf die Expertinnen und Experten hin, insbesondere auf jene aus den Organisationen, die sich für Lehrer einsetzen. Ex-

akt diese Experten begleiten Sie und Ihre Politik seit vielen Jahren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das waren doch auch Ihre Leute!)

– Die waren ja auch eine Ecke positiver als die, auf die Sie sich berufen und die Sie für sich in Anspruch nehmen.

Weit überwiegend sind diejenigen, die Ihre Position vertreten und die Ihrer Auffassung sind, Menschen die mit zu vertreten haben, dass wir die Probleme in Nordrhein-Westfalen so vorfinden. Und das müssen wir abändern.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das war doch keine SPD-Anhörung!)

Letzter Satz zu dem, was Sie als Kürzungen bezeichneten: Heute Morgen ist gerade für den Jugendbereich in überzeugender Weise dargelegt worden, dass in den Feldern, die Sie monieren, keine zusätzlichen Kürzungen greifen, sondern dass es sich dabei um nichts anderes handelt als die Fortsetzung der Kürzungen, die Sie in zwei Jahren vorgenommen haben.

Ihre Einlassung von heute Morgen – das gilt auch für Ihre ehemaligen Partnerinnen und Partner – zu diesem Schulgesetz decken sich sehr mit dem, was Peer Steinbrück, unser früherer Ministerpräsident, auf dem SPD-Parteitag am vergangenen Wochenende sagte: Da wird so getan, als redeten alte Männer über ihre Kriegserlebnisse und Vergangenheit. – Das lässt sich durchaus auf das übertragen, was wir von Ihnen heute Morgen erfahren haben. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Fraktionsvorsitzende Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme natürlich gerne die Gelegenheit wahr, zum Schulgesetz noch ausführlicher zu sprechen, nachdem der Ministerpräsident glaubte, das genauer erläutern zu müssen, und auch der Kollege Stahl noch einmal beschrieben hat, wie sich das alles in der Vergangenheit verhalten hat.

Herr Stahl, ich fange bei Ihnen an: Als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion waren Sie gerade nicht sehr ambitioniert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

– Die SPD klatscht in dem Fall zu früh.

Es könnte Sie doch anspornen, dass die SPD noch gar nicht so weit ist, wirklich die Konsequenzen aus Pisa zu ziehen. Sie könnten doch sagen: Wir machen eine offene und vernünftige Debatte und toppen die Sozialdemokraten.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Haben wir doch!)

Genau das haben Sie nicht gemacht, sondern Sie haben dort angeknüpft, wo Sie vor 39 Jahren aufgehört haben. Das ist auch das Problem dieses Schulgesetzes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, Sie haben sich mit Ihrem Beitrag sehr an mir abgearbeitet; das ehrt mich im Grunde genommen und freut mich vor dem Hintergrund auch. Aber Sie sind ausgewichen. Sie haben zum Schulgesetz das ausgeführt, was Sie zum Teil bereits im Wahlkampf gesagt haben und was Sie seit der Regierungserklärung sagen. Es gibt aber eine brennende Frage, die auch mit Bildungspolitik zu tun hat und die die Menschen im Moment umtreibt, die Unterschriften von Menschen in Volksinitiativen befördert hat und zu der Sie kein Wort gesagt haben, nämlich: Wie geht es im Bereich der Kindergärten und der Jugendpolitik in NRW weiter?

Dazu wollten die Menschen aber heute etwas von Ihnen hören. Deswegen hätte ich mir gewünscht, Sie wären schon heute Morgen persönlich in die Diskussion eingestiegen und hätten das gesagt, worauf viele warten und was viele vor der Osterpause von den Regierungsfaktionen erwarten: Wie geht es mit dem Haushalt weiter? Wie geht es mit der Kinder- und Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen weiter? Wie geht es weiter mit der Politik für die Zukunft unserer Kinder?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal zurück zu diesem alten Streit der Schulstrukturen! Ich weiß, dass es an der Stelle ein Problem gibt. Ich kann es – da ich es mit forciert habe – guten Gewissens sagen: Pisa und deren Ergebnisse aus dem Dezember 2001 waren eine Zäsur für die politische Diskussion in Deutschland. Sie hätten eine noch viel größere Zäsur für die politische Diskussion in Deutschland sein müssen.

Auch wenn Sie sich daran aufhalten und es immer wieder in den Mittelpunkt stellen, geht es im Kern nicht allein um ein Problem der sozialen Selektion in Nordrhein-Westfalen. Alle Experten international und auch Ihre Leute benutzen diesen Begriff,

weil er sich daraus ergeben hat – das noch erklärend zu Ihrem Vorwurf –, und sagen: Es geht nicht nur um ein Problem in Nordrhein-Westfalen, sondern um ein Problem des deutschen Bildungssystems in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Um die Frage, welche Antworten es auf diese Probleme gibt, drücken Sie sich herum. Sie sind manchmal ein bisschen betulich, weil Sie es im Grunde selber wissen. Ich glaube zumindest daran, dass Sie es besser wissen. Aber Sie müssen hier die Truppen zusammenhalten, damit sie nicht anfangen nachzudenken und nicht den Weg für ein wirklich neues Bildungssystem in Deutschland und Nordrhein-Westfalen freimachen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die CDU könnte doch einmal Vorreiter sein. Es müsste Sie doch anspornen, dass die SPD an der Stelle solange braucht. Das hat uns oft geärgert und behindert.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Es weiß doch jeder, dass wir als Grüne in dieser Frage weitere Schritte gegangen wären, als wir es mit dem rot-grünen Schulgesetz haben möglich machen können.

Herr Kaiser, jetzt komme ich zu Ihnen. Sie haben nämlich einen schönen Widerspruch deutlich gemacht. Sie sagen, wir hätten mit dem Schulgesetz der Vorgängerregierung nur etwas bürokratisch zusammengefügt. – Dann frage ich mich: Warum haben Sie dann diesen Aufstand gemacht und von dem Einstieg in die Einheitsschule und von Einheitsschulaufsicht geredet? Was haben wir uns alles noch anhören müssen! Sie haben auch von der Abschaffung des gegliederten Schulsystems durch Verbundsysteme gesprochen. – Sie haben im Wahlkampf versucht, daraus Kapital zu schlagen. Zum Teil ist Ihnen das gelungen, weil Sie nämlich an alte Schlachten anknüpfen und sich der erforderlichen Diskussion, die meine Partei erfolgreich gemeistert hat, nicht stellen. Wir Grüne haben damit angefangen, und die gesamte Bundespartei ist uns in der Erkenntnis gefolgt, dass wir diese Diskussion in Deutschland neu führen müssen. Das haben Sie hier in Nordrhein-Westfalen versäumt. Sie sind noch nicht so weit, obwohl es auch in der CDU einzelne Verbündete in dieser Frage gibt; das will ich ausdrücklich einräumen.

Meine Damen und Herren, jetzt will ich noch zu zwei Kernpunkten dieses Gesetzentwurfes kommen. Es wird nämlich deutlich, dass das „Neusprech“, das Sie in die Welt setzen, wirklich

nicht stimmt: Sie reden von „individueller Förderung“ – das unterschreibt Ihnen jeder; das ist völlig klar –, aber Sie verkennen, dass in dem System, das wir haben, dieser individuellen Förderung massive Grenzen gesetzt sind und es nicht hilft, das dreimal am Tag zu sagen. Vielmehr muss man die Strukturen durchlässig machen.

In einer Anhörung, in der nicht nur von SPD und Grünen eingeladene Leute gesessen haben – diesen Vorhalt weise ich noch einmal mit aller Entschiedenheit zurück –, sondern auch Ihre Experten, ist über Strukturen und im Zusammenhang damit über die Durchlässigkeit diskutiert worden. Es wurde die Frage gestellt: Ist – wie im Gesetz beschrieben und gewünscht – der Aufstieg noch möglich, wenn das Gymnasium als einzige Schulform von der Schulzeitverkürzung abgekoppelt wird? – Darauf haben Ihnen alle Experten mit einem ganz klaren Nein geantwortet. Das habe ich mitbekommen und alle, die dort gesessen haben. Viele aus Ihren Reihen waren nicht mehr dabei.

Die haben gesagt: Das steht da nur auf dem Papier.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie vermitteln den Leuten hier ein Ziel, das alle haben, aber die Strukturen werden verhindern, dass dieses Ziel erreicht wird.

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich noch einmal auf den ökonomischen Aspekt zu sprechen, der in dieser bildungspolitischen Debatte so wichtig ist. Wir wissen doch alle – und das unterschreiben auch Sie –, dass wir mehr und besser qualifizierte junge Menschen am Ende der Sekundarstufe I und mehr und besser qualifizierte junge Menschen am Ende der Sekundarstufe II brauchen. Dieses Ziel erreichen wir nicht, wenn wir Bildungsgänge systematisch abschotten. Das tut aber dieses Gesetz, und aus diesem Grunde wird dieses Gesetz im Wesentlichen von den Vertretern der Gymnasien und denjenigen, die ausdrücklich wollen, dass eine Abkopplung stattfindet, begrüßt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das Problem, und das möchte ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen.

Sie weichen aus, und Sie predigen hier von großen Reformen. Das ist Ihr gutes Recht, und das möchte ich natürlich nicht in Abrede stellen. Hier wird allerdings eine gravierende Weichenstellung falsch vorgenommen. Diese ist fatal für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, sie ist fatal für die ökonomische Entwicklung unseres

Landes, und sie ist insofern auch fatal für die Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen.

Ich bin auf die weiteren Diskussionen gespannt. Ich bin auf weitere Anhörungen gespannt – diese werden wir durchführen –, und ich bin gespannt darauf, wie Sie im weiteren Verfahren auf Beschlüsse Ihrer Kommunalfraktionen reagieren werden, die sich gegen die Aufhebung der Grundschulbezirke aussprechen und mehr Freiheit einfordern. Dann könnten Sie Ihre Versprechen, die Sie hinsichtlich der Freiheit gegeben haben, einlösen, aber Sie wollen ihnen vorgeben, sodass sie es machen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich verstehe nicht, wieso Sie nicht merken, wie sehr Sie sich an solchen Stellen widersprechen. Sie sind bestimmten Positionen der FDP auf den Leim gegangen. Denn noch im Wahlkampf haben Sie zu dieser Frage etwas ganz anderes vertreten. Ich appelliere also noch einmal ...

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Doch, Sie haben das gewollt, und die CDU hat sich dagegen ausgesprochen. Ich weiß es ganz genau und kann die Personen namentlich nennen: Herr Solf und Frau Kastner haben sich dagegen ausgesprochen. Sie haben es in der vergangenen Legislatur mit uns gemeinsam mit großer Mehrheit abgelehnt. Jetzt haben Sie von der CDU es mitgemacht. Kommen Sie doch wenigstens von diesem Punkt wieder runter. Denn wir wollen doch keine Gettoisierung. Wir wollen keine Gettoschulen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

An dem Punkt könnten Sie ein Zeichen dahingehend setzen, dass Sie die Fachleute und Ihre Experten auch ernst nehmen. Wir machen uns deren Anliegen zu Eigen, weil wir sie für richtig halten. Natürlich werden wir versuchen, noch etwas daran zu verbessern. Aber so, wie das Gesetz heute ist und beraten wird, bedeutet es eine extrem falsche Weichenstellung für die Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP deren Fraktionsvorsitzender Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Frau Kollegin Löhrmann, Lautstärke ersetzt keine Ar-

gumente. Das haben Sie mit Ihrem Redebeitrag wieder einmal unter Beweis gestellt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Weil Sie es nicht verstanden haben!)

Ebenso muss man am Ende dieser wichtigen Debatte Folgendes resümieren: Das, was die Opposition hier zum Thema Erneuerung unseres Schulwesens abgeliefert hat, war durch die Bank erbärmlich. Sie haben keinerlei Alternativen aufgezeigt, und das gilt gerade für die Sozialdemokraten.

Frau Kollegin Löhrmann, Sie legen hier dar, was Sie intern auf Ihren Bundesparteitagen schulpolitisch diskutieren. Danach kräht in diesem Land doch sehr zu Recht kein Hahn mehr. Das interessiert doch niemanden mehr. Sie sind überall aus der Verantwortung heraus abgewählt worden, und das hängt auch

(Beifall von FDP und CDU)

mit der erbärmlichen Bildungspolitik zusammen, die Sie als Grüne in den Ländern, in denen Sie Verantwortung trugen, mit durch die Bank ähnlichen Bildungsergebnissen wie hier in Nordrhein-Westfalen gemacht haben. Deshalb sind Sie abgewählt worden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da wäre ich an Ihrer Stelle etwas vorsichtiger! – Ute Schäfer [SPD]: Und Sie?)

Aber der Ministerpräsident hat Recht: Bei Ihnen, Frau Löhrmann, weiß man wenigstens, woran man ist. Sie wollen die Einheitsschule. Sie wollen Ihre Politik der bildungspolitischen Gleichmacherei, der Nivellierung unterschiedlicher Begabungen fortsetzen. Sie haben wenigstens eine Position.

Die Sozialdemokraten, meine Kolleginnen und Kollegen, haben – auch das ist ein Ergebnis unserer Debatte heute – keine Position. Sie haben überhaupt keine Position,

(Beifall von FDP und CDU)

und da ist es schon bemerkenswert, Frau Kollegin Kraft, dass Sie nach vorne gehen und sagen – auch deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet –, es treffe Sie in Ihrem Herzen als Sozialdemokratin, zu sehen, welche Schulpolitik diese Koalition der Erneuerung

(Hannelore Kraft [SPD]: Der Durchlässigkeit!)

jetzt machen wolle. Es hätte Sie in Ihrem Herzen als Sozialdemokratin treffen müssen, als Sie mit ansehen mussten, was Sie den Kindern in diesem

Land mit Ihrer verfehlten Schul- und Bildungspolitik angetan haben, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Der Ministerpräsident und andere Redner der Koalition haben doch noch einmal herausgearbeitet, dass am Ende Ihrer 39-jährigen Regierungszeit die Kinder in Nordrhein-Westfalen so schlechte Bildungsergebnisse wie in kaum einem anderen Bundesland mit auf den Weg in ihr späteres Berufsleben bekommen haben. Es gab kein anderes Bundesland, in dem die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängen.

Und ich sage Ihnen noch einmal in aller Klarheit: Es gibt für eine Politik, die sich sozialdemokratisch nennt, keine schlimmere Bankrotterklärung als eine solche Abhängigkeit zwischen dem Portomonee des Elternhauses und den Bildungschancen der Kinder. Sie haben für diese Politik die Verantwortung zu tragen, und deshalb sollten Sie sich schämen, hier so frech aufzutreten und dem Schulgesetz der Koalition der Erneuerung mangelnde soziale Sensibilität vorzuwerfen. Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, was Sie hier wieder einmal geboten haben.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wir sind sehr gespannt, ob Sie die Kraft finden werden, Frau Kollegin Kraft – Herr Dieckmann hat die Langfristigkeit dieses Prozesses angekündigt –, wenigstens in der Schulpolitik erkennbare Alternativen vorzulegen. Bisher sehen wir diese nicht einmal im Ansatz.

(Hannelore Kraft [SPD]: Warum sollten wir? Wir reden über Ihr Schulgesetz! Sie regieren!)

Sie geißeln die Politik der Erneuerung, und Herr Kollege Dieckmann sagt, bis 2010 werde die SPD eine neue Schulpolitik vorgelegt haben.

Die Schulpolitik, die die Koalition der Erneuerung einschlägt – das ist in der Debatte heute deutlich geworden –, ist klar orientiert. Wir sorgen für mehr Lehrer, für mehr Verantwortung an den Schulen, für mehr Verantwortung bei den Lehrern. Wir sorgen für mehr individuelle Förderung, und zwar für Kinder aller Begabungsstufen, meine sehr verehrten Damen und Herren, also sowohl für diejenigen, die eher praktisch veranlagt sind, als auch für die Hochbegabten.

Das ist eine Politik des Förderns und des Forderns, und dies unterscheidet unsere Schulpolitik in der Tat fundamental von dem, was Sie hier in 39 Jahren verbrochen haben. Und die letzten

zehn Jahre, Frau Kollegin Löhrmann, waren – das ist an den Pisa-Ergebnissen unschwer abzulesen – besonders schlimm. Und wer eine solche Bilanz vorgelegt hat, der sollte hier etwas zurückhaltender auftreten

(Beifall von der FDP)

und darüber nachdenken, ob er nicht etwas selbstkritischer an das herangehen müsse, was zu dieser Bilanz geführt hat. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt der Kollegin Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Sie, Herr Ministerpräsident Rüttgers, haben dieses Schulgesetz in diesem Hohen Hause gerade als den großen Wurf dargestellt. Dabei blenden Sie allerdings gesellschaftliche Entwicklungen schlicht und einfach aus. Auch wenn Sie die OECD-Studie hier zitieren, zitieren Sie nur Teile daraus und nicht das, was in der OECD-Studie auch noch gesagt wird. Die Tatsache, dass wir so viel Geld mit so wenig Erfolg ausgeben, erklärt sich unter anderem damit, dass wir so wahnsinnig viel Geld in die Personalkosten hineinstecken. Das kann man auch alles bei der OECD nachlesen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das war Herr Steinbrück und nicht die OECD!)

– Sie haben versucht, aus der OECD-Studie zu zitieren.

Des Weiteren, Herr Ministerpräsident, haben Sie verdeutlicht, dass es um die Kinder und die Jugendlichen in diesem Land geht. – Darum geht es uns auch, Herr Rüttgers. Natürlich geht es um die Kinder und Jugendlichen. Es geht uns darum, dass alle Kinder und Jugendlichen in diesem Land die bestmöglichen Chancen haben, eine gute Ausbildung zu bekommen, die sie anschließend nutzen können.

Dieses Gesetz ist aber nicht die Basis dafür, dass diese Kinder das bekommen. Wenn Sie uns zu einer Diskussion einladen, Herr Ministerpräsident, dann kann ich nur feststellen: Diese Diskussion findet für meine Begriffe weder im Ausschuss noch sonst irgendwo statt, weil es gar nicht um eine Diskussion geht; es geht ausschließlich dar

um, die Positionen abzustecken und die eigene Position durchzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Das kann man auch feststellen, wenn es um die Meinung von Experten und Praktikern geht. Die Anhörungen in diesem Hohen Hause sind im Grunde genommen für die Katz gewesen. Alle, die hier gesessen haben, wussten, dass mit der Basta-Politik, mit Ihrer Schulgesetzpolitik die Weichen gestellt werden. Ihnen geht es gar nicht darum, irgendwelche Erkenntnisse zu gewinnen. Sie wollen nur, dass dieses Gesetzgebungsverfahren durchläuft.

(Beifall von der SPD)

Herr Stahl, Ihre gerade vorgetragene Äußerung zum Thema Eltern und Lehrer kann ich als ehemalige Elternvertreterin nur als absolute Diskreditierung empfinden. Ich finde es, gelinde formuliert, eine Unverschämtheit, wie Sie mit den Spitzen der kommunalen Familie umgegangen sind, die übrigens zum großen Teil Ihr Parteibuch tragen und die Ihnen in den Anhörungen zu den Grundschulbezirken deutlich gesagt haben, dass die Regelung, wie sie jetzt im Entwurf des Schulgesetzes steht, für sie nicht akzeptabel ist. – Warum sind Sie eigentlich so beratungsresistent?

(Beifall von der SPD)

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer, Sie verkünden völlig zu Recht, dass die Zukunftsfähigkeit dieses Landes von der Qualität der Schulbildung unserer Kinder abhängt. – Da sind Sie mit uns völlig d'accord. Aber, Frau Ministerin Sommer, die OECD führt uns schon seit längerem vor Augen, dass die Qualität der Bildung über den Wirtschaftsstandort Deutschland entscheidet. Sie negieren die Empfehlungen der OECD schlicht und einfach mit dem vorliegenden Schulgesetzentwurf.

Wenn die „WAZ“ am 30. März in einem Artikel titelt „Der schwere Weg nach oben“, dann beschreibt es das, was dieses Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen im Grunde genommen einleitet: den schweren Weg nach oben.

Zusätzliche Lehrer und die Umwandlung von Hauptschulen in Ganztagschulen sind nur ein Fassadenanstrich eines antiquierten Bildungsverständnisses und keine Qualitätsoffensive. Dieses ist keine Qualitätsoffensive. Sie wollen konsequent an der Festlegung des dreigliedrigen Schulsystems festhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

So steht es in diesem Gesetz. Sie gehen dabei von einem Begabungsbegriff aus, der antiquiert ist, der keine Grundlage mehr hat und der gesellschaftliche Entwicklungen schlicht und einfach ausblendet.

Sie wollen das modernste und leistungsfähigste Schulsystem in Europa. Sie wollen eine Reform, haben Sie gesagt. Was Sie tatsächlich tun, ist ein Rückschritt zu teilweise seit Jahrzehnten überwundenen Regelungen.

Eine unlängst von der Europäischen Kommission durchgeführte Studie des Dänischen Technologischen Instituts kommt für Österreich zu dem Ergebnis, dass in den Ländern mit einem differenzierten Schulsystem der Einfluss der sozioökonomischen Hintergründe für die Schülerleistungen deutlich nachteiliger ist. Aus den Untersuchungen zum Thema Schulsystem wissen wir, dass Nordrhein-Westfalen eines der differenziertesten Systeme hat, die es überhaupt weltweit gibt.

Mit einem Schlenker verweist diese Studie auch darauf, dass für Deutschland diese Erkenntnisse genauso zutreffen. Wenn Frau van Dinther heute Morgen völlig richtig in diesem Hause feststellt, dass es darum geht, dass bei der Bildung der Eingangsklassen der weiterführenden Schulen eine stärkere Durchmischung möglich ist, dann kann ich ihr ausdrücklich nur zustimmen. Genau das müsste es sein. Wir müssten eine Durchmischung von Schülerinnen und Schülern haben.

Sie, meine Damen und Herren, etikettieren mit diesem Gesetzentwurf Schülerinnen und Schüler. Sie etikettieren sie nach Schulformen, weil Sie nämlich glauben, dass sie in unterschiedlichen Schulformen optimal gefördert werden können.

Sie sagen: Jedes Kind hat Anspruch auf eine individuelle und umfassende Förderung. – D'accord. Damit haben wir kein Problem. Doch diese umfassende Förderung ist in einem gegliederten Schulsystem nicht möglich, weil nicht die Kinder im Mittelpunkt stehen, sondern das System. Entsprechend liest sich auch Ihr Gesetz. Hier wird geprüft, gewichtet, beurteilt, um Kinder der vermeintlich begabungsgerechten Schule zuzuweisen.

Die umfassenden Potenziale, die Kinder mitbringen, schöpfen Sie damit nicht aus. Denn der Highway steht nicht allen Kindern zur Verfügung. Für manche gibt es halt nur Siedlungsstraßen oder Lieferantenzufahrten. Wenn es nach Ihnen geht, wird der Zugang zum Highway auch noch mit Passierstellen versperrt.

Frau Ministerin Sommer, Sie sind aus meiner Sicht eine ehrliche Haut in diesem Gesetzgebungsverfahren. Das Elternrecht hat Bestand, sagten Sie in der Pressekonferenz der letzten Woche. Ich vermute: Ihre tiefste pädagogische Überzeugung ist Ursache dieses Bekenntnisses. Nur leider stimmt sie so nicht.

Beim Übergangsgutachten am Ende der Grundschule rudern Sie zurück und schwenken auf die Regelungen aus dem Jahr 1996 ein. Aber neu ist: Das Letztentscheidungsrecht der Eltern fällt. Der Prognoseunterricht ist eine absurde Maßnahme. Diese Regelung wird, wie Sie selber sagen, Frau Ministerin, nur für wenige Kinder zutreffen – vor allen Dingen dann, wenn die Eltern uneinsichtig sind und man sie disziplinieren muss.

Der Unterricht ist aber kein Unterricht, sondern eine Überprüfungssituation, in der Kinder beweisen müssen, dass sie entweder besser oder – man höre – sogar schlechter sind, als die abgehende Grundschule sie beurteilt hat.

Das ist übrigens, meine Damen und Herren, ein echter Beitrag zum Bürokratieabbau und eine wahrhaft christlich-liberale Koalition.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diesen Gesetzentwurf kann man beim besten Willen nicht als Reform verstehen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Nein?)

Er ist uns bleibt die Restauration eines Schulsystems, das selbst nach Auffassung des allseits geschätzten und akzeptierten Prof. Sinn, der Leiter des Ifo-Institutes ist und Ihnen politisch deutlich näher steht als uns, ein ökonomisch und ineffizientes Relikt aus der Vergangenheit ist –

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

so die Schlussfolgerung von Prof. Sinn, die er für die „Wirtschaftswoche“ geschrieben hat.

(Christian Weisbrich [CDU]: Hat er sich mit dem Schulgesetz befasst? – Er hat sich mit irgendwas beschäftigt!)

Sie könnten beim Schulgesetz auch einmal die Dinge wahrnehmen, die außerhalb Ihrer Köpfe passieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Prof. Sinn schreibt für die „Wirtschaftswoche“

(Christian Weisbrich [CDU]: Das ist ja nicht zu fassen!)

und weist darauf hin, dass sich dieses System schlicht und ergreifend überholt hat.

Dieses System hat sich in Deutschland übrigens erstaunlich lange und erstaunlich lange erfolgreich gehalten. Doch, meine Damen und Herren, in den letzten Jahrzehnten haben sich die Gesellschaft und ihre Erfordernisse so weit geändert, dass dieses System kontinuierlich ungerecht, ineffizient und ungenügend geworden ist. Diese Wirklichkeit blenden Sie leider aus. Anstatt Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen, reden Sie viel von Durchlässigkeit. Sie reden viel von individueller Förderung.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Doch in Wahrheit verbauen Sie jungen Menschen Zukunftsperspektiven, hängen sie in den Zügen des Regionalverkehrs ab, während der Sprinter an ihnen vorbeirauscht – no future, no hope.

Ich hatte noch diese Woche zwei Hauptschulklassen zu Gast. Herr Recker ist noch da: Es waren die Hauptschüler aus der Pennefeld-Schule in Bonn, Herr Recker. Sie haben mir noch einmal eindringlich verdeutlicht, dass dieser Spruch „no future, no hope“ auf sie zutrifft, denn von 38 Schülern haben zurzeit ganze zwei eine Ausbildungsstelle.

Ihre Erkenntnisse über die Hauptschule in Pennefeld kann ich nicht teilen, aber vielleicht liegt das daran, dass Ihre Beziehungen zu der Hauptschule intensiver sind als meine.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Diese Kinder kommen aus einer ganz normalen Schule, an der wir keine Gewalt haben, in der das Leben einigermaßen normal abläuft, aber mit allen Schwierigkeiten, die diese Schülerinnen und Schüler mitbringen. Nach den Vorfällen der letzten Woche sollten wir bei diesem Gesetzentwurf erst Recht nachdenklich werden und nicht in Aktivismus verfallen.

Die von Ihnen hoch gelobte Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wäre lobenswert; tatsächlich ist sie unrealistisch. 100 Schüler und Schülerinnen haben in Bonn zusätzlich die fünften Klassen der Hauptschulen besucht, weil sie von Gymnasien und Realschulen abgestuft worden sind. Der Sonderweg des Gymnasiums, den Sie in Ihrem Gesetz festschreiben, koppelt diese Schulform von den übrigen Schulformen ab. „Durchlässigkeit nach oben“ ist eine Worthülse. Hauptschülern ist es am Ende fast nicht möglich, nach oben durchzugehen.

An dieser Stelle zitiere ich Herrn Späth, der, gefragt nach den massiven strukturellen Veränderungen, die in unserem Bildungssystem notwendig sind, darauf hinwies, dass dieses Bildungssystem

tem nicht in der Lage ist, Talente zu fördern. Dem kann ich eigentlich nichts mehr hinzufügen.

Meine Damen und Herren, gerade die Weisheit eines sehr konservativen Denkers wie Herr Späth ist sicherlich auch für uns eine Möglichkeit, Sie mit auf den Weg zu nehmen. Lothar Späth hat nämlich im „Handelsblatt“ – man konnte es ganz deutlich lesen – geschrieben: „Neue Schulen braucht das Land!“ Nebenbei – besser spät, als nie – bekommt die Schulgesetzgebung in diesem Kontext eine ganz neue Dimension.

Beratungsresistenz ist weder ein Zeichen von Kompetenz noch von Tatkraft. Im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen, im Sinne der Zukunftsfähigkeit dieses Landes kann ich nur hoffen, dass Sie doch noch die Konsequenzen aus den Anregungen von Fachleuten aus den Anhörungen ziehen und diesen Gesetzentwurf noch einmal grundlegend überarbeiten.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Die Vorfälle in Berlin geben dazu Anlass.

Frau Ministerin Sommer, Sie haben eben gesagt, dass Sie nie die Situation erlebt haben, dass sich Hauptschullehrer an eine andere Schule versetzen lassen wollten. – Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Hauptschulleiter aus Bochum einen Brandbrief an Ihr Ministerium geschickt haben, der zumindest auf eine Dimension hinweist, die in unserem Land auch vorhanden ist.

Wie sagt Erich Kästner so schön:

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

„Erst wenn die Mutigen klug und die Klugen mutig geworden sind, wird das zu spüren sein, was irrtümlicherweise schon oft festgestellt wurde: ein Fortschritt der Menschheit.“

Es wäre zu wünschen, dass dieser Prozess noch vor Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in NRW einsetzen würde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Edgar Moron [SPD]: Das bezweifle ich!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Kollege Recker das Wort. Herr Kollege, ich unterstelle, dass Sie es nicht in den falschen Hals bekommen: Man kann 14 Minuten reden, man muss aber nicht zwingend 14 Minuten reden.

(Ministerin Christa Thoben: Das ist wie mit der Ladenöffnungszeit!)

Bernhard Recker (CDU): Mit Sicherheit nicht! – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich einige wenige grundsätzlich abschließende Bemerkungen mache, möchte ich mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, mit einem Zitat zum Thema Selbstständigkeit aus „Neue deutsche Schule“ vom 10. März 2005 beginnen:

„Selbstständigkeit bedeutet Konkurrenz der Schulen untereinander. Die Eltern müssen das Recht haben zu entscheiden, in welche Schule sie ihr Kind schicken. Das gilt auch für die Grundschulen.“

Für dieses Zitat ist der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Edgar Moron, verantwortlich. So viel zum Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit, meine Damen und Herren.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Genau! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Man kann sich doch mal irren!)

Ich glaube, dass wir in Erinnerung rufen müssen, dass wir als CDU vor der Wahl mit der Zusage angetreten sind, eine grundlegende und zukunftsweisende Bildungsreform auf den Weg zu bringen. Wir haben den Menschen klar gesagt, was wir tun werden. Dazu sind wir übrigens von den Bürgern gewählt worden, dafür haben wir die Verantwortung bekommen. Dafür, meine Damen und Herren von Rot-Grün, sind Sie von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt worden. Frau Schäfer, Sie waren seinerzeit Spielführerin der Mannschaft.

(Ute Schäfer [SPD]: In der Tat!)

Das sollten Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen.

Natürlich werden wir landauf, landab in vielen Bereichen weiterhin kontrovers diskutieren. Das erfahren Sie, das erfahren wir bei vielen Diskussionsveranstaltungen, bei Anhörungen oder auch bei Pressemitteilungen. Ich will auch gerne zugestehen, dass niemand hier die absolute Wahrheit im Bildungsbereich gepachtet hat und man auch für andere Sichtweisen sehr wohl Verständnis aufbringen kann.

Nur – das darf ich am Rande auch erwähnen –: Es gibt nicht nur die Experten. Es gibt auch die betroffenen Eltern und Schüler. Wenn wir uns daran erinnern, was wir in der Anhörung zum Thema Kopfnoten von den Experten gehört haben, dann muss man einmal fragen, ob die Wahrnehmung der Experten noch mit der Realität übereinstimmt, wenn wir im WDR hören, dass 87 % der betroffenen Menschen dazu Ja sagen. Auch diese Frage darf man sicher einmal stellen.

Wir als CDU setzen das um, was wir vor der Wahl angekündigt haben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Hier geht es letztlich auch um Glaubwürdigkeit von Politik, Frau Schäfer. Es wäre Wahlbetrug, wenn wir das nicht tun würden. Wir machen keine Reform der Reform wegen.

Wenn aber 39 Jahre Bildungspolitik es nicht verhindert haben, dass wir wirklich weit abgeschlagen hinter anderen Ländern rangieren, dass 25 % der Menschen nicht ausbildungsfähig sind und dass wir jetzt Gettoschulen in unserem Land haben, dann gibt es kein „Weiter so!“ Dann muss gehandelt werden. Dann muss man andere Wege gehen. Genau das tun wir. Da Ihre Methode nicht funktioniert hat, muss ein neuer Weg gefunden werden, ein neuer Weg, der die Schulen, die einer besonderen Förderung bedürfen, besonders unterstützt. Genau diesen Weg gehen wir. Ich darf Sie herzlich bitten, sich in diese Diskussion einzubringen, um wirklich die bestmögliche Lösung für die Kinder in unserem Land zu finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte noch ein paar Worte zu dem sagen, was der Ministerpräsident hier eingebracht hat. Es ist schon ein starkes Stück, wenn die kommunalen Spitzenverbände und die katholische und die evangelische Kirche, die hier als Experten in den Anhörungen auftreten, als „rot-grüne Truppen“ bezeichnet werden. Denn das hat der Ministerpräsident ja sinngemäß vorgetragen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dazu zählen Sie dann bitte auch die CDU-Bürgermeister und -Landräte, die in Bausch und Bogen dieses Schulgesetz – vor allen Dingen, was die kommunalen Belange angeht – abqualifizieren und sagen, das ist untauglich für die Praxis und greift in die Planungs- und Finanzhoheit der Kommunen ein. Dazu zählen Sie dann bitte auch die Landeselternschaft der Grundschulen oder die katholische Elternschaft Deutschlands oder die Landeschülerinnenvertretung. All diese bezeichnet der Ministerpräsident hier als „rot-grüne Truppen“, genauso die Bildungsforscher, nur weil man wissenschaftliche Erkenntnisse offensichtlich nicht wahrnehmen will.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Witzel tut sich dadurch hervor, dass er das Ganze noch toppt. Im Protokoll ist nachzulesen, dass für ihn die Debatte, die zum Beispiel die kommunalen Spitzenverbände führen, eine bornierte Debatte ist. Dabei haben doch CDU und FDP offensichtlich Schwierigkeiten, überhaupt Experten und Expertinnen zu finden, die diesen Quatsch, den sie hier vorlegen und der für die Schulpraxis untauglich ist, in den Anhörungen vertreten.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem auch vom Ministerpräsidenten aufgegriffenen Thema Finnland hinzufügen. – Die Finnen haben sich Zeit genommen, nachzuschauen, wie man ein Schulsystem richtig bauen sollte und wie man die besten Voraussetzungen für die Umsetzung schafft, um den Anspruch auf individuelle Förderung wirklich einlösen zu können. Da sind sie in der Tat in Deutschland fündig geworden, aber in einem anderen Teil von Deutschland damals, nicht bei den Inhalten, aber bei der Frage, wie man die besten Rahmenbedingungen schafft.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sprechen von Qualität und holen dann mit ihrem Haushaltsplan die Moderatoren in der Schulentwicklung weg, unter anderem zum Beispiel die Berater im Bereich Schulsport, und schwächen damit die lernfördernde und sozialintegrative Funktion von Sport und Bewegung in den Schulen. – Das ist Ihre Bildungsoffensive, Quantität eindimensional statt Qualität bis in alle Ecken und Enden. Das kann man durchdeklinieren.

Ich wiederhole es gern noch einmal für das Protokoll, damit Sie es dann auch noch einmal konzentriert nachlesen können. Ich hatte gehofft, dass Sie endlich zur Kenntnis nehmen, was das Pisa-Konsortium schon 2000 festgestellt hat und in seiner Presseerklärung vom 6. März 2003 gegenüber der Kultusministerkonferenz erneut bekräftigt hat:

„Im Zusammenspiel von regional unterschiedlicher Bildungsbeteiligung, schulstrukturellem Angebot und lokalem Einzugsgebiet entstehen selektionsbedingte Schulumilieus, die sich als differenzielle Entwicklungsumwelten beschreiben lassen und die unterschiedliche Fördereffekte für Schülerinnen und Schüler haben. Die im internationalen Vergleich nachgewiesene ungewöhnlich große Leistungsstreuung am Ende der Vollzeitschulpflicht in Deutschland wird zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekun-

darstufe I institutionell erzeugt oder zumindest verstärkt.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie tun aber nichts, um genau das umzudrehen, sondern Sie verstärken diese Effekte. Das ist der Vorwurf. Dem müssen Sie sich stellen. Wir werden das nachhalten, wenn Sie wirklich meinen, Sie könnten diesen Entwurf so umsetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat: Das Schulgesetz für Nordrhein-Westfalen, das wir heute beraten und das uns die nächsten Wochen und Monate noch beschäftigen wird, ist eine Totalrevision dessen, was wir bislang an bildungspolitischen Leitlinien von Rot-Grün kannten.

(Beifall von der FDP)

Das ist eine große Systemumstellung. Das ist ein großer Wurf.

Es gibt natürlich Lobbygruppen, die sich über Jahre und Jahrzehnte in Nischen in dem alten System eingerichtet haben. Da ist es auch völlig selbstverständlich, dass es bei Veränderungsprozessen mit unmissverständlichen Ansagen, was sich ändern muss und was wir an zusätzlichen Anstrengungen und Leistungen von den verschiedenen Beteiligten erwarten, kritische Rückäußerungen gibt. Das ist gar keine Frage.

Wir haben jetzt in aller Deutlichkeit und Offenheit das vollzogen, was wir den Menschen vor der Wahl transparent und ehrlich angekündigt haben. Wir haben dort alle Punkte markiert. Dass man sich dann, wenn zwei Parteien gemeinsam die Verantwortung übernehmen, in der einen oder anderen Nuancierung verständigen muss, ist klar. Aber jede der von uns versprochenen Maßnahmen wird vollzogen. Da soll sich niemand irgendeiner Illusion hingeben. Insofern wollen wir eine offene Diskussion, aber auch eine sachliche.

Frau Beer, zu Ihrer Bemerkung, warum ich gesagt habe, es sei borniert, wie die Debatte über die Schulbezirke geführt wird – das wiederhole ich selbstverständlich auch –: Ein Popanz wird mit Befürchtungen aufgebaut, die auch Ausfluss Ihrer Kampagne sind und die in der Wirklichkeit gar nicht zutreffen.

(Beifall von der FDP)

Sie sind zu Ihren Kommunalpolitikern gegangen und haben sie wild gemacht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit, Herr Witzel!)

Sie sitzen vor Ort und erzählen den Leuten, sie könnten nicht mehr die wohnortnächste Schule besuchen – so laufen die Diskussionen ab.

(Beifall von der FDP)

Das Gegenteil steht im Schulgesetz. Es gibt nur eine ausdrückliche zusätzliche Berechtigung für diejenigen, die das wollen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Dann haben Sie den Kommunen erzählt, sie müssten Schulen ausbauen,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

weil die Kapazitäten von beliebten Schulen ins Gigantische anwachsen müssten. Dabei steht ausdrücklich im Schulgesetz, dass es eine kapazitäts Deckelung gibt.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Diese Punkte spiegeln Ängste wider. Sie sind von den Gegnern des neuen Schulgesetzes gezielt geschürt worden. Das ist in der Tat nicht redlich. Mit „bornierter Debatte“ war gemeint, von Fehlannahmen auszugehen, die zu falschen Schlüssen führen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Löhrmann?

Ralf Witzel (FDP): Aber gerne doch.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Witzel, ich wüsste gern von Ihnen, welche Meinung Sie von CDU- und FDP-Kommunalpolitikern haben, wenn Sie ihnen unterstellen, sie gingen den Grünen und den SPD-Leuten immer so schnell auf den Leim.

Sind die blöder als diejenigen von den anderen Parteien? Oder wie erklären Sie es sich, dass sie alle auf einmal mitmachen, wenn – wie Sie es darstellen – nur einige Grüne kommen und sie wild machen? – Das müssen Sie mir einmal erklären.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Heiterkeit von CDU und FDP)

Ralf Witzel (FDP): Ich glaube, Frau Löhrmann, dass es den Grünen nicht gelingt, alle Kommunalpolitiker von CDU und FDP wild zu machen.

(Heiterkeit von FDP und CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber offenbar schon eine große Menge!)

Ich glaube, dazu besteht keine Veranlassung.

Es gibt aber natürlich Kommunalpolitiker, die mit den Systemen so, wie es seit Jahrzehnten laufen, vertraut sind. Und auch Sie müssen selbstverständlich Kompetenzen abgeben, weil wir Freiheiten ermöglichen, Menschen berechtigen und weil wir die Elternrechte mit der freien Wahl des Schulstandortes stärken. Dass es also Kommunalpolitiker in unseren Reihen gibt, die das anders sehen, ist so. Frau Löhrmann, Sie wissen genauso, dass auch Sie in den letzten zehn Jahren Regierungsvorhaben beschlossen haben, zu denen ich Ihnen auch Stellungnahmen von grünen und roten Ratsfraktionen zeigen kann,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja!)

die das aus ihrer Sicht auch nicht als Vorteil empfunden haben.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber wir tragen eine Verantwortung für dieses Land. Frau Löhrmann, mir ist wichtig, darüber zu reden, denn Sie haben immer weniger Verantwortung. Sie haben klar gesagt, dass Sie eine Schule für alle wollen. Die Grünen kommen mit dieser Position in immer weniger Landtage in Deutschland hinein, um das in den Parlamenten einbringen zu können,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

denn fast jedem ist deutlich geworden, wohin bei Ihnen die Reise geht.

Wir hingegen halten Ihre Auffassung nicht für verantwortungsbewusst, weil das Ergebnis dieser Politik lautet: 25 bis 30 % eines Altersjahrgangs sind Problemschüler, was die Gefahr mit sich bringt, dass sie im späteren Leben bei der persönlichen Lebensführung, aber auch beruflich scheitern.

Deshalb sehen wir die Notwendigkeit zu handeln, weil wir auf Dauer nicht hinnehmen wollen, dass knapp 10 % eines Altersjahrgangs ohne Schulabschluss die Schule verlassen und damit dauerhaft in unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen ohne Perspektive sind.

(Beifall von der FDP)

Und deshalb ist die Debatte über Bildungschancen und soziale Herkunft so wichtig.

Ich bin der Letzte, der etwas dagegen hat, wenn Schüler am Ende von Schullaufbahnen unterschiedlich dastehen, wenn sie sich unterschiedlich entwickelt und entfaltet haben. Schüler sind unterschiedlich intelligent, unterschiedlich begabt und unterschiedlich fleißig. Wenn es dabei Differenzierungen gibt, ist das ganz normal.

Das Kriterium, warum sich Bildungslaufbahnen von einzelnen Menschen in diesem Land anders entwickeln, muss in der Leistungsbereitschaft und in der Fähigkeit von Schülern begründet sein – und nicht in der sozialen Herkunft, wie es das Resultat Ihrer Bildungspolitik ausweislich von Pisa in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen gewesen ist.

(Beifall von der FDP)

Deshalb wollen wir das selektive System überwinden. Wir wollen, dass die Selektion, die ab dem ersten Schultag beginnt, durchbrochen wird –

(Zurufe von Sylvia Löhrmann und Sigrid Beer [GRÜNE])

bei einem System mit Schulbezirken entwickeln sich Berliner Verhältnisse –, weil es in der Logik der Dinge liegt, dass die Unterschiede im Wohnen eins zu eins auch auf die Bildungsstruktur projiziert werden, wenn Sie um das soziale Wohnumfeld eine Mauer ziehen.

Wir sorgen für eine stärkere Durchmischung, weil wir mit unserer „Schule ohne Grenzen“ Mauern einreißen und weil es damit eine Offenheit gibt.

(Ute Schäfer [SPD]: Was passiert denn mit den Schülern?)

Denn jemand, der im sozialen Brennpunkt geboren wird, hat die Freiheit, sich auch woanders einschulen zu lassen. Damit werden die Unterschiede der Wohnstruktur nicht eins zu eins in das Bildungssystem projiziert. Deshalb: Mehr Freiheit für mehr Menschen! – Das ist ein Ansatz gegen das frühe Sortieren. Heute sortiert der Staat Schüler nach Hausnummern. Bei all Ihrer Rhetorik müsste Sie dieser Punkt eigentlich auch beschäftigen.

Unsere Philosophie ist nämlich, dass das Kindeswohl Vorrang hat vor der Kultusbürokratie und den damit verbundenen staatlichen Steuerungsinteressen. Wettbewerb belebt das Geschäft. Mehr Freiheit für mehr Menschen!

Das alles ist eingebettet in ein Bildungssystem mit großer Transparenz. Wir werden zukünftig keine Ergebnisse verschweigen.

Wir werden offen und transparent dokumentieren, welche Schule welches Bildungsangebot hat und wie viel Unterricht ausfällt. Wir machen zukünftig ein Schulranking über die Ergebnisse, bei dem man ablesen kann, wo welche Schule steht, damit eine anspornende Leistungskultur entsteht und damit Anstrengungsbereitschaft und Neugier von Schülern geweckt wird. Eltern bekommen damit ehrliche Informationen und Rückmeldungen über die Leistungsfähigkeit von Schulstandorten, aber auch über den Leistungsstand ihrer Kinder. Das ist ein System, das wir für modern, innovativ und wettbewerbsfähig halten, weil es mit den jetzigen Tabus bricht.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen Sie einen Punkt nicht ausblenden – das ist meine letzte wichtige Bemerkung zu diesem Thema –: Sie haben jahrelang auf die Notenillusion gesetzt. Sie haben Schülern ohne große Hürden relativ leicht Abschlüsse gegeben, bei denen tolle Dinge auf tollen Stücken Papier standen.

Dann kam Pisa. Pisa hat das analysiert. Nordrhein-Westfalen steht am Ende der Skala für Kompetenz. Wenn man nämlich nach einheitlichen Maßstäben vergleichbar misst, wie es in Süddeutschland aussieht, wie es hier aussieht und wie es in Norddeutschland aussieht, und wenn man das tatsächlich Erlernte, die Kompetenz, unter Zugrundelegung einheitlicher Standards vergleicht, stellt sich heraus: Wir stehen dabei ganz unten.

Sie aber haben uns jahrelang erzählt, das nordrhein-westfälische Bildungswesen sei ein besonders leistungsfähiges, weil in keinem anderen Bundesland so viele Kinder Abitur machen wie in Nordrhein-Westfalen. Wenn man einmal beide Folien übereinander bringt und sieht, dass dahinter diejenigen mit den schlechtesten Kompetenzen in ganz Deutschland stehen, dann müssen Sie sich die Frage stellen lassen, wie die Wertigkeit Ihrer Abschlüsse aussieht.

Wir wollen ein transparentes und ehrliches Bildungssystem, das auf Leistung beruht und Qualität voranbringt. Von diesem Weg werden wir uns auch von Ihnen nicht abbringen lassen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der Beratung.

Bevor ich zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrats komme, möchte ich mich noch bei der Kollegin Löhrmann entschuldigen; denn gerade habe ich den Schluss ihrer Frage abgewürgt, glaube ich. Ich habe die Pause einfach etwas zu großzügig ausgelegt. Dafür bitte ich um Entschuldigung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war nicht schlimm!)

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/1572 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend –, an den **Innenausschuss**, an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt rufe ich auf:

4 Verursacherprinzip und „Kultur des Verzichts“ auch am Flughafen Münster/Osnabrück?

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1550

Ich erlaube mir den Hinweis auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1597** und eröffne die Beratung.

Als erste Rednerin hat für die antragstellende Fraktion der SPD die Kollegin Schulze das Wort. Bitte.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die schwarz-gelbe Landesregierung redet in diesen Tagen viel von der „Kultur des Verzichtes“ und von „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.“ Wenn man sich aber einmal ansieht, wie der vorgelegte Haushalt konkret aussieht, ist davon nicht mehr viel zu erkennen. Es geht nicht mehr um Wahrheit und Klarheit, sondern darum, dass hier die Grundlagen unseres Rechtssystems infrage gestellt werden.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Bisher war es in Nordrhein-Westfalen so, dass private Bauherren und gewerbliche Investoren bei Infrastrukturmaßnahmen ein Genehmigungsver-